

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Herr Bundespräsident, verehrte Frau Heinemann, meine Damen und Herren!

Der Bergedorfer Gesprächskreis ist sich der Ehre bewußt, sein heutiges Treffen in Anwesenheit des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu veranstalten. Erlauben Sie mir dazu die Bemerkung, daß es uns allen eine Freude ist, Sie, verehrter Herr Bundespräsident, und Ihre Gattin hier unter uns zu sehen. Sie sind in dieses kleine Schloß gekommen, das sich, ungeachtet seiner längst vergangenen herrschaftlichen Bestimmung, einen Namen als Ort demokratischer Freiheit erworben hat, um anlässlich einer Bergedorfer Tagung eine Sammlung seltener Dokumente der Bewegung von 1848 entgegenzunehmen, gewissermaßen als geistigen Grundstein für die Erinnerungsstätte deutscher Freiheitsbewegungen, die durch Ihre Initiative in Rastatt errichtet werden wird.

Es ist also kein Zufall, daß Sie hier unter uns sind, denn Sie wissen, der Bergedorfer Kreis will nicht nur Analysen und kritische Darstellungen erarbeiten, sondern vor allem Initiativen zur Entfaltung einer freiheitlichen Gesellschaft formulieren. Und genau dies, Herr Bundespräsident, ist ja auch Ihre Absicht bei der Errichtung der Gedenkstätte von Rastatt. Sie wollen kein Museum des antiquarischen Bewußtseins, sondern eine Provokation der Gegenwart, damit wir nicht vergessen, wie hoch der Preis der Freiheit in der deutschen Geschichte gewesen ist.

Wir haben uns heute, im 25. Jahr des Grundgesetzes der Bundesrepublik, zu fragen, ob wir den Wert der Freiheit noch hoch genug einzuschätzen wissen. Sie haben selbst einmal gesagt, daß der Wert unserer Geschichte sich danach bestimmt, ob und inwieweit sie eine Geschichte der Freiheit ist, sowohl der nationalen wie der staatsbürgerlichen als auch der sozialen wie der persönlichen Freiheit. In diesem Sinne ist Geschichtsbewußtsein immer zugleich Engagement an der Gegenwart. Wir Heutigen müssen, das läßt sich kaum bestreiten, unser eigenes, in mancher Hinsicht wohl auch neues Verhältnis zur Freiheit finden.

Wenn wir die bisherigen Epochen der Weltgeschichte an uns vorüberziehen lassen, so gibt es keine Epoche, in der sowohl materieller Wohlstand wie auch die Freiheit insbesondere in unserem Lande so verbreitet gewesen sind wie in dem Jahrzehnt, in dem wir leben. Ich sage das im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß der Krieg in Vietnam, der Konflikt im Nahen Osten schrecklich, daß Bürgerkriege, Genozide und Hungersnöte weiterhin stattfinden, daß der Zustand unserer Welt also keineswegs erfreulich ist. Aber es sind Fortschritte gemacht worden, und die Geschichte der Freiheit findet weiterhin statt. Es wird unsere Aufgabe sein, an dieser Geschichte mitzuwirken; denn die Freiheit ist auf ihrem Weg durch die Geschichte immer unteilbarer geworden. Ohne den Fortschritt der Freiheit wird es keinen Frieden geben.

Unser heutiges Thema befaßt sich nun mit der Frage, ob die Gleichheit die Zwillingsschwester der Freiheit ist, wie es die Revolutionäre von 1789 und von 1848 geglaubt und gehofft haben, oder ob sie ihre Feindin ist. Ganz gewiß ist dies eines der großen Themen der politischen Theorie und der Geschichte der Revolutionen. Aber es ist nicht nur ein historisches Thema. Ich denke, ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage, daß es auch die Schicksalsfrage unserer heutigen Demokratie ist.

Daß Sie, Herr Dahrendorf, unsere Diskussion mit einem Referat einleiten, begrüße ich sehr. Sie sind Soziologe von Herkunft und Kommissar der Europäischen Gemeinschaft von Amts wegen, einer Einrichtung, die von der Vergangenheit nichts erwarten darf und ihre Sache auf die Zukunft gestellt hat. Ihre beiden Qualifikationen befreien uns von der Sorge, Sie könnten uns nur auf eine Reise in die Vergangenheit führen.

Herr v. Bismarck hat sich dankenswerterweise als Gesprächsleiter zur Verfügung gestellt. Als Intendant eines Mediums, dessen Technik die Gleichheit des Publikums voraussetzt - wenn auch in problematischer Weise;- , ist er zum Moderator dieses Gesprächs geradezu prädestiniert.

Zum Thema, daß wir uns gestellt haben, kann ein Unternehmer der Industrie sicher mehr beitragen, als der Ideologe vom ersten sozialen Augenschein her vermutet. Ich meine damit nicht die historisch enge Verbindung, die zwischen dem wirtschaftenden, liberalen Bürgertum und der Emanzipation

unserer Gesellschaft besteht. Ich möchte vielmehr anknüpfen an dem aus dem Angelsächsischen kommenden Begriff der industriellen Revolution, mit der in unserer Zeit ein Phänomen verbunden ist, das keinen ideologischen Ursprung, wohl aber eine bedeutende soziale und wohl auch ideologische Wirkung hat: Ich denke an die immer weiter um sich greifende Egalisierung unserer Verbrauchs-, ja, unserer Lebensgewohnheiten.

Natürlich bedeutet das nicht eine Tendenz zur sozialen Gleichheit, wie der Kommunismus sie ankündigt. Aber wenn wir Freiheit und Gleichheit miteinander verbinden wollen, so hat die Wirtschaft in den westlichen Industriestaaten dafür zahlreiche Bedingungen geschaffen, die in der Tat die Frage aufwerfen, ob der kommunistische Sozialismus uns gegenüber nicht doch einen erheblichen Entwicklungsrückstand aufweist, vielleicht nicht dort, wo er nur kritisiert, sicher aber dort, wo er herrscht.

Ich persönlich finde es langweilig, wenn hierzulande die Freiheit immer sofort auf den Nenner der Ordnung gebracht werden soll. Seien wir nicht allzu ängstlich mit der Ordnung. Und seien wir auch nicht allzu ängstlich mit der Gleichheit. Es gibt keine Freiheit ohne Gleichheit. Wohl aber haben wir erfahren, daß es Gleichheit ohne Freiheit gibt, und dies ist dann auch eine Gleichheit ohne Brüderlichkeit.

Dahrendorf

Was ich Ihnen darlegen möchte, ist der Versuch, einige zentrale Probleme der politischen Auseinandersetzung unserer Zeit zu analysieren. Dabei lege ich das Schwergewicht auf zwei Fragen, ohne diese jedoch sehr ausführlich und systematisch zu behandeln. Was ich Ihnen nicht bieten kann, ist eine Lösung dieser Fragen. Es ist nicht meine Absicht, hier eine Art politisches Programm zu entwickeln; denn ich gewinne immer mehr den Eindruck, daß an den wichtigen Punkten unserer heutigen politischen Existenz die Identifizierung der Fragen wichtiger ist als irgendwelche Lösungsvorschläge. Wir haben einen Überfluß an eher willkürlichen Lösungsangeboten und ein Defizit an klarer Bestimmung der Fragen, um die es geht.

Unterschiedliche Akzente moderner Revolutionen im Hinblick auf Freiheit und Gleichheit

Im Thema dieses Gesprächskreises steht das Wort "Revolution", das im Zusammenhang mit den Begriffen Gleichheit und Freiheit ein merkwürdig kompliziertes Bild ergibt. Es lohnt sich, einmal die Frage zu stellen, welches die Themen der großen revolutionären Bewegungen der letzten zweihundert Jahre waren. In welchem Maße haben dabei einerseits das Motiv der Gleichheit, andererseits das Motiv der Freiheit eine bestimmende Rolle gespielt.

Es gibt revolutionäre Ereignisse, bei denen es nach dem erklärten Willen der Beteiligten sowohl um Gleichheit als auch um Freiheit ging. Dazu gehört 1789. Dazu gehört in einem bestimmten Sinne auch 1848. Und es ist eines Ihrer großen Verdienste, Herr Bundespräsident, uns ständig daran zu erinnern, daß in den Ereignissen von 1848 sowohl das soziale als auch das liberale Motiv eine wichtige Rolle gespielt haben.

Es gibt dann revolutionäre Ereignisse, in denen das Motiv der Freiheit zumindest nicht so deutlich wird, sondern das Motiv der Gleichheit stärker in den Vordergrund rückt. Das gilt etwa für die russische, für die chinesische und für die kubanische Revolution.

Es gibt weitere Ereignisse - für die möglicherweise das Wort "Revolution" nicht in derselben Weise zutrifft;- , in denen das Motiv der Freiheit eine größere Rolle spielt als das der Gleichheit. Das scheint mir etwa auf den 20. Juli 1944, aber auch auf die ungarischen und tschechoslowakischen Vorgänge von 1956 beziehungsweise von 1968 zuzutreffen.

Hier wird eine Spannung deutlich, die die politische Diskussion gegenwärtig in vielen Ländern bestimmt. Die Idee der Gleichheit ist wahrscheinlich die treibende Kraft der modernen Geschichte. Sie hat viele Namen, hinter denen aber stets derselbe Gedanke steckt, daß es nämlich zwischen den Menschen in bestimmten wesentlichen Hinsichten keinen Unterschied des Ranges geben soll. In dieser Idee der Gleichheit zeigt sich übrigens, wenn man so will, ein Stück angewandten Christentums, allerdings in einem sehr radikalen Sinne.

Staatsbürger als zentrale Kategorie moderner Gleichheitsbewegung

Die zentrale Kategorie zur Beschreibung der modernen Gleichheitsbewegung ist für mich die des Staatsbürgers. Die Vorstellung, daß alle Menschen Staatsbürger sind und als solche gleiche Ansprüche und Rechte haben, ist in den letzten zweihundert Jahren einer der Motoren zumindest in den bereits entwickelten Gesellschaften gewesen. Es fällt nicht schwer, die Wurzeln dieses Gedankens noch weiter zurückzuverfolgen.

Ich halte in diesem Zusammenhang die Analyse meines akademischen Lehrers, T. H. Marshall, für besonders wichtig, der in seiner Studie über "Citizenship and Social Class", über staatsbürgerliche Gleichheit und soziale Klassenunterschiede, gezeigt hat, wie die innere Dynamik der staatsbürgerlichen Gleichheit fast mit Notwendigkeit eine Entwicklung in Gang gesetzt hat, von der wir heute ein entscheidendes Stadium erleben.

Am Anfang dieser Dynamik, so Marshall, stand die Vorstellung, daß die Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Gleichheit vor dem Gesetz schafft unter anderem jene Gleichheit der Menschen als Vertragspartner im Arbeitsprozeß, über die Marx sich mit jener Mischung von Respekt und Hohn geäußert hat. Diese Gleichheit, die zunächst juristischen Charakter hat, führt bereits zu einer Situation, die sich von historischen Vorstellungen einer grundsätzlichen Ungleichheit der Menschen unterscheidet, wie wir sie etwa mit dem Begriff der "feudalen Gesellschaftsordnung" verbinden.

Aber die Gleichheit vor dem Gesetz ist sich selber nicht genug, was Marx eindringlich analysiert hat. Sie führt im nächsten Schritt zu jener Gleichheit, die sich auf das Machen der Gesetze bezieht, also zur politischen Gleichheit, zum gleichen Wahlrecht. Die Entwicklung des gleichen Wahlrechts ist

geradezu ein Leitfaden der modernen Geschichte, wenn man etwa an die Frage des Frauenwahlrechts denkt oder sich überhaupt einmal ansieht, welcher Prozentsatz der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern de facto wahlberechtigt war und ist.

Soziale Gleichheit als notwendige Ergänzung der rechtlichen und der politischen Gleichheit

Marshall zeigt dann - und darauf kommt es mir hier an;- , daß die Gleichheit vor dem Gesetz und die politische Gleichheit von einem bestimmten Zeitpunkt an, vornehmlich seit Ende des vergangenen Jahrhunderts, immer mehr als unvollständig angesehen werden, wenn sie nicht durch soziale Elemente ergänzt werden. Auch das gleiche Wahlrecht bleibt eine Farce, wenn es soziale Abhängigkeiten gibt, die es dem einzelnen verwehren, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die rechtliche und die politische Gleichheit verlangen also Elemente einer sozialen Gleichheit, um die Bürgerrechte des einzelnen zu vervollständigen.

Was heißt aber soziale Gleichheit? Wie weit reicht dieser Begriff, wohin führt uns seine innere Dynamik? Die Rolle des Staatsbürgers entwickelt sich in eine ganz neue Richtung weiter, die sich nicht mehr mit den Kategorien, in denen dieser Status in der Vergangenheit analysiert wurde, fassen läßt. Staatsbürger haben gleiche Rechte. Rechte sind im wesentlichen Chancen. Die innere Dynamik des Begriffs der Chancengleichheit stellt nun eines der größten Probleme der politischen Wirklichkeit unserer Tage dar.

Chancengleichheit im Bildungswesen und soziale Ungleichheiten

Lassen Sie mich einmal den Gedanken der Chancengleichheit im Bildungswesen als Beispiel nehmen. Sie wissen, ich bin zumindest mitverantwortlich für die Formulierung, daß Bildung ein Bürgerrecht ist. Damit wird die staatsbürgerliche Rolle auf Bereiche ausgeweitet, für die sie ursprünglich nicht gedacht war. Jeder darf die Bildungseinrichtungen benutzen, die die Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Das ist ein Teil der allgemeinen, man könnte sagen, der abstrakten Staatsbürgerrechte. Jeder wird auch materiell in die Lage versetzt, die Bildungseinrichtungen zu besuchen. Das ist ein Teil der sozialen Bürgerrechte.

Entscheidend für die Entwicklung der Gleichheit in unserer Gesellschaft ist aber, daß dennoch Unterschiede bleiben. Es bleiben Unterschiede auch dann, wenn die Schulen keine rechtlichen Sperren mehr kennen, auch dann, wenn es dem einzelnen finanziell durch Stipendien, durch Befreiung vom Schulgeld, durch Steuererleichterungen und anderes mehr ermöglicht wird, die Bildungseinrichtungen zu nutzen. Hier kommen wir in den Bereich sozialer Ungleichheiten hinein, das heißt, es gibt Sperren und Hindernisse, die nicht mit Geld zu überwinden sind, wie ich etwa in meiner Studie über Arbeiterkinder an deutschen Unversitäten angedeutet habe. Es bestehen Hindernisse der Information und der Motivation, die für diese Menschen bestimmte Möglichkeiten des Lebens gar nicht auftauchen lassen.

Proportionale Gruppenvertretung als Konsequenz der Gleichheitsdynamik

Es stellt sich die Frage: Wie kann der Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit für jeden so realisiert werden, daß damit den sozialen Ungleichheiten Rechnung getragen wird? Hier zeigt sich folgende Tendenz in unserer Gesellschaft: Die Verwirklichung der Chancengleichheit wird daran gemessen, inwieweit es gelungen ist, daß die verschiedenen Gruppen in den einzelnen Bereichen der Gesellschaft in gleicher Weise vertreten sind. Das Kriterium für Chancengleichheit ist beispielsweise, ob Arbeiterkinder an den weiterführenden Schulen und an den Universitäten entsprechend dem prozentualen Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung vertreten sind. Das gleiche gilt dann etwa für die Mädchen in bezug auf den Anteil der Frauen in der Gesellschaft. Da mit den bisherigen Methoden eine proportionale Vertretung der Gruppen nicht zu erreichen war, entwickelt sich eine Gleichheitsvorstellung, zu deren Kernstück es gehört, daß in allen Bereichen der Gesellschaft sämtliche Gruppen in gleicher Weise vertreten sein müssen. Es zeigt sich eine innere Dynamik des Gleichheitsgedankens, Bedingungen zu schaffen, unter denen die sozialen Unterschiede praktisch nicht mehr vorhanden sind.

Da kommen dann ganz merkwürdige Gesichtspunkte ins Spiel. So sagt man zum Beispiel, es sei nicht richtig, daß die Hochsprache für die Schulen allein bestimmend ist. Vielmehr müsse man dafür sorgen, die sprachlichen Anforderungen in den Schulen darauf einzustellen, daß Kinder aus verschiedenen Schichten ein Recht auf ihre unterschiedliche Sprache erhalten. Solche Gleichheitsforderungen laufen letztlich darauf hinaus, daß jegliche sozialen Unterschiede im Widerspruch zu dem grundsätzlichen Anspruch auf staatsbürgerliche Gleichheit stehen.

Das zeigt etwa die Diskussion in den Vereinigten Staaten über die Farbigen. Dort wird beispielsweise die Forderung erhoben, jede Institution des Landes habe dafür zu sorgen, und zwar auf allen Ebenen

der Organisation, daß die Farbigen proportional vertreten sind. Wenn etwa das Centre for Advanced Studies in the Behaviour of Sciences nicht in der Lage sein sollte, zehn Prozent seiner fellows aus der farbigen Bevölkerung zu rekrutieren, dann werden ihm zumindest die öffentlichen Mittel gestrichen, auf Umwegen inzwischen übrigens auch die Mittel der Stiftungen. Genauso läßt sich hinsichtlich der Vertretung von Frauen argumentieren. Zum Beispiel steht in den Satzungen der schwedischen Schwesterpartei der FDP, daß mindestens vierzig Prozent der Amtsträger auf allen Ebenen Frauen sein müssen. Auf diese Weise soll die Gleichheit im sozialen Leben effektiv durchgesetzt werden.

Aufhebung natürlicher Ungleichheiten durch soziale Regelungen

Gleichheit wird hier nicht mehr nur als Chancengleichheit verstanden, durch die gleiche Voraussetzungen für alle geschaffen werden, sondern es geht um die Veränderung der sozialen Wirklichkeit, die in ihrem Erscheinungsbild in den realen Positionen der Gesellschaft der Gleichheit Genüge tun soll.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß wir Soziologen den Unterschied zwischen erworbenen und zugeschriebenen sozialen Positionen für selbstverständlich hielten. So sind wir immer davon ausgegangen, daß eine Reihe von sozialen Positionen den Menschen aufgrund bestimmter Merkmale, die auf ihrer natürlichen, unveränderbaren Ungleichheit beruhen, zugeschrieben werden. Das galt zum Beispiel für Unterschiede zwischen Mann und Frau oder für Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Es ist interessant, in welchem Maße sich die modernen Gesellschaften bemühen, auch scheinbar natürliche Ungleichheiten durch soziale Regelungen so weit wie möglich aufzuheben. Das heißt, es besteht die Tendenz, den Sozialbereich im Interesse der Gleichheit zu entstrukturieren, zu entdifferenzieren. An solchen Entwicklungen wird die Dynamik der sozialen Gleichheit in unserer Welt deutlich.

Übertragung des Staatsbürgerbegriffs vom politischen auf andere Bereiche der Gesellschaft

Eine weitere Entwicklung in der Revolution der Gleichheit betrifft den Begriff des Staatsbürgers. Staatsbürger ist ein politischer Begriff, zu dem der Gedanke einer einheitlichen Öffentlichkeit als politischem Handlungsraum gehört. Damit ist in gewisser Weise der Anspruch verbunden, daß Regelungen, die von den politisch repräsentativen Institutionen getroffen werden, für sämtliche Institutionen in einem Gemeinwesen verbindlich sind. Es ist aber kennzeichnend für die Revolution der Gleichheit, zumindest in den entwickelten Industrieländern, daß der Begriff des Staatsbürgers und die mit ihm verbundenen Ansprüche auf Teilbereiche der Gesellschaft direkt oder indirekt übertragen werden. So spricht man vom Staatsbürger in Uniform, vom Wirtschaftsbürger, vom Bürger der Hochschulen oder Kirchen.

Das ist wahrscheinlich mit der Demokratisierung der Gesellschaft gemeint. Es wird in den sozialen Teilbereichen nach Organisationsformen gesucht, die es dem einzelnen, der in ihnen tätig ist, erlauben, an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Das Recht auf gleiche Teilnahme in sämtlichen Institutionen orientiert sich an dem Vorbild des politischen Gemeinwesens. Die Entwicklung zur Gleichheit führt also weg von der Chancengleichheit und hin zu einer tatsächlich gleichen Position der Menschen. Sie führt weg vom politischen Prinzip der Gleichheit hin zu einem sozialen Prinzip der Gleichheit, das auf alle Institutionen angewendet wird.

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Es liegt mir nicht daran, in solchen historischen Entwicklungen den Verlust vergangener Möglichkeiten zu beklagen. Diese Realentwicklungen in der Revolution der Gleichheit haben ihr eigenes Recht und ihre eigene Bedeutung, sie müssen aber in ihren Konsequenzen für die Freiheit gesehen werden.

Harmonie und Widerspruch zwischen Freiheit und Gleichheit

von Bismarck

Ich meine, wir können Herrn Dahrendorf dankbar sein, daß er uns mit seinem Referat ein so differenziertes Angebot gemacht hat. Einige seiner Aussagen ließen deutlich den Liberalen erkennen. Ich vermute, daß gerade diese Aussagen nicht ohne Widerspruch bleiben werden. Herr Dahrendorf hat, wenn es um die Rolle des Staatsbürgers und um die Demokratisierung geht, seine Beispiele im wesentlichen aus den Bereichen der Bildung, des Hochschulwesens und aus dem politischen Bereich genommen.

Es gibt auch andere Möglichkeiten, unser Thema anzugehen, etwa mit der Frage, wo heute geistige Freiheitsräume möglich und nötig sind. Anknüpfend an die aufreizenden Formulierungen von der Gleichheits- und der Freiheitspartei könnte man sich mit der Struktur unserer Parteien beschäftigen und nach den Prioritäten fragen, die sie setzen. Wenn wir uns auf das Gebiet der Wirtschaft begeben,

so war im Referat die Frage zumindest implicite enthalten, wie dirigistisch ein moderner Staat bei der Bewältigung seiner Aufgaben sein darf.

Die Kernfrage scheint mir zu sein: Wie kann ein moderner Industriestaat regiert werden, in dem einerseits der einzelne Bürger soviel individuelle Freiheit wie möglich genießen soll, der jedoch andererseits an seine Bürger Forderungen stellen muß, die deren persönliche Freiheiten beschneiden? Vielleicht gelingt es uns, einen Beitrag zur Beantwortung der Frage zu leisten, welches die Kriterien sind, an denen man feststellen kann, ob Freiheit und Gleichheit im Hinblick auf die Ordnung der Gesellschaft vereinbare oder unvereinbare Werte sind.

Wenn wir versuchen, eine Ausdeutung der gesellschaftlichen Widersprüche vorzunehmen, die Herr Dahrendorf differenziert dargelegt hat, dann sollten wir nicht der Versuchung erliegen, ein allzu theoretisches, akademisches Gespräch auf höchster Ebene zu führen. Wir sollten vielmehr im Auge behalten, was unser Gespräch in Form des gedruckten Protokolls den Leuten in der Praxis an neuen Einsichten und Denkanstößen vermitteln kann. Ich denke zunächst an Leute, die Macht zu verwalten haben, also an Abgeordnete, Kommunalpolitiker, Gewerkschaftler und so weiter.

Für den Ablauf der Diskussion schlage ich Ihnen vor, das Thema zunächst in einer Generaldebatte anzugehen und möglichst viele, auch kontroverse Gesichtspunkte zu den Thesen von Herrn Dahrendorf, aber auch darüber hinausgehend, zu sammeln. In einer zweiten Runde könnten wir uns dann auf ein oder zwei Bereiche konzentrieren, die Ihnen besonders wichtig erscheinen. Schließlich würde ich es für sinnvoll halten, wenn am Ende der Diskussion einige ausgewählte Teilnehmer unserer Runde in ganz subjektiver Form den Versuch einer Zusammenfassung unternähmen.

Maier

Anknüpfend an die Diagnose von Herrn Dahrendorf argumentiere ich zunächst sozialgeschichtlich. Es gibt in der älteren Gesellschaft, also vor den modernen Revolutionen, keine individuelle Freiheit und auch keine allgemeine Gleichheit. Natürlich müßte dieser Satz mit vielen Fußnoten versehen werden. Es gibt aber Freiheiten - man muß das Wort in den Plural setzen - innerhalb mehr oder minder selbständiger Korporationen, ob das nun die Städte, die Grundherrschaften, die Könige, der Adel oder die Kirche sind. Innerhalb dieser freien Korporationen gibt es dann auch Gleichheit. Man könnte also sagen: Es existiert keine individuelle Freiheit und keine allgemeine Gleichheit, aber innerhalb einer gestuften Gesellschaft gibt es die Gleichheit der jeweils in der Korporation Gleichgestellten.

Der moderne Staat nun - das ist, um mit Dahrendorf zu sprechen, die Revolution der Gleichheit erste Stufe - ändert dieses Sozialmodell in zwei Hinsichten. Zunächst zerstört er die Korporationen. Das wird theoretisch nirgends deutlicher als in der Französischen Revolution mit dem grundsätzlichen Verbot aller Assoziationen, das in Frankreich ja bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts bestanden hat. Das betraf zum Beispiel auch die Gewerkschaften, die dort - ganz eigentümlich - erst über katholische Bewegungen wieder eingeführt worden sind. Die Französische Revolution entwickelt ein Sozialmodell, das im Grunde nur den abstrakten Staat und das abstrakte Individuum kennt, aber nichts dazwischen. Durch die Zerstörung der Korporationen entsteht die allgemeine Gleichheit, in der das soziale Substrat der gestuften Gesellschaft, die Korporation, verschwindet.

Der zweite Kunstgriff besteht darin, daß auf dieser geplanten Basis dann individuelle Freiheit ausgeteilt wird, aber wesentlich in Form des Unterlassungsanspruchs an den Staat. Das heißt, die Reduktion aller Sozialbeziehungen auf das Gegensatzpaar Staat/Individuum erlaubt es, eine Freiheitssphäre des einzelnen zu begründen und diese dadurch zu sichern, daß der Staat nicht oder nur unter bestimmten gesetzlichen Modalitäten in sie hineingreifen darf. Dieser Kunstgriff setzt den Begriff der Rechtspersönlichkeit des einzelnen, des Staatsbürgers, voraus.

Herr Dahrendorf sieht nun, und da beginnt mein Widerspruch, die Weiterentwicklung der Gleichheit in Form der Demokratisierung - also die Revolution der Gleichheit zweite und dritte Stufe - als eine Fortentwicklung des Staatsbürgermodells an. Das glaube ich nicht. Vielmehr kommen wir heute unter dem Postulat der Demokratisierung zu einem neuen Sozialmodell - vorwärts oder zurück, das ist die Frage;- , das in mancher Hinsicht dem älteren, dem vorkonstitutionellen Modell verblüffend ähnelt.

Das Entscheidende an der Revolution der Gleichheit erste Stufe ist ja, daß die sozialen Beziehungen auf das Gegenüber von Staat und Individuum reduziert werden. Und der Prozeß der Demokratisierung versucht, in vielen funktionalen Bereichen - Hochschulen, Kirchen, Verbänden, Parteien - dieses Staatsbürgermodell außer Kraft zu setzen. Ich formuliere es bewußt provozierend. Es ist kein Zweifel, daß es heute Korporationsrechte gibt, die der Staat kaum mehr, auch nicht durch die Gesetzgebung beeinflussen kann. Die Gewerkschaften zum Beispiel können in dieser Gesellschaft Dinge tun, die der Staat nicht mehr tun kann. Bestimmte soziale Gruppen, etwa an den Hochschulen, können Dinge tun,

die durch die Hochschulgesetzgebung gar nicht mehr einzuholen sind. Kurzum, hier entstehen neue korporative Freiheiten.

Es ist auch kein Zufall, daß heute der Begriff "Freiraum" wieder auftaucht, der im Grunde etwas Vorkonstitutionelles ist. Denn die modernen Revolutionen haben die virtuelle Allumfassendheit des staatlichen Gesetzes proklamiert, was heute nur noch mit Mühe aufrechtzuerhalten ist. Jeder, der im politischen Leben tätig ist, weiß, wie wenig in manchen Fällen Gesetze noch greifen und wie wenig Administration noch vermag.

Die Frage ist also, ob die Entwicklung richtig beschrieben ist, wenn man sie als eine Fortentwicklung des Begriffes des Staatsbürgers und der Entwicklung des modernen Staates ansieht, oder ob es sich nicht - das ist meine Hypothese - in mancher Hinsicht um eine Regression in vorkonstitutionelle Zustände handelt. Um das zu begründen, müßte man natürlich weiter ausholen und viele Beispiele bringen.

Haas

Sie verweisen mit Recht auf die historische Perspektive, Herr Maier, indem Sie sagen, es habe, etwa im späten Mittelalter, Gruppen gegeben, innerhalb derer Gleichheit herrschte. Dort waren Gleichheit und Freiheit - die freie Stadt, die freien Zünfte und so weiter in sich selber wieder differenziert, sie wurden aber immer auf Kosten anderer Gruppen gewahrt. Hier scheint mir aufschlußreich, daß gerade das späte Mittelalter und auch andere Epochen - dies wäre eine Gegenthese zu Herrn Maier - Belege dafür bringen, daß aus revolutionären Schichten des Volkes, das die Freiheit nicht hatte, das Ideal der Gleichheit mit ungeheurer Kraft aufbrach.

Ich denke dabei einmal an die Bewegung der "Levellers" in England, die mit dem Begriff "to level" - gleichmachen - eine egalitäre Ideologie entfalteteten, die utopisch war, aber in den Details sehr eindrucksvoll ist. Ich denke zweitens an die theologischen Komponenten von Freiheit und Gleichheit, wie sie sich bei Luther in der Schrift "Von der Freiheit eines Christenmenschen" finden. Oder nehmen Sie den Begriff des Totentanzes, wo der Tod die sozialen Unterschiede aufhebt, und die Stände, die ungleiche Freiheiten besitzen, auf eine Ebene des Menschlichen reduziert werden!

Roellecke

Herr Maier hat auch theoretisch recht. Wenn Partizipation am Entscheidungsprozeß im staatlichen Bereich anders legitimiert werden soll als durch die allgemeine Freiheit und Gleichheit und die damit verbundenen demokratischen Verfahrensregeln, dann sind die Bedingungen einer nichtstaatlich organisierten Partizipation und ihre Legitimation zu bedenken.

Auch nichtstaatlich organisierte Partizipation muß organisiert werden. Zur Organisation benötigt man Unterscheidungen zwischen Staatsbürgern, müssen sich Gruppen bilden. Da jede Gruppenbildung Herrschaft über die Mitglieder der Gruppe bedeutet, bedarf die Gruppenbildung der Legitimation. Die Forderung nach nichtstaatlich organisierter Partizipation müßte deshalb die Legitimation für die Organisation der Partizipation mitliefern. Das tut sie aber nicht. Allenfalls beruft sie sich auf irgendwelche Interessen. Sie setzt vielmehr die Konstitution der Gruppen voraus. Das ist nun eine ständestaatliche Haltung. Denn der Ständestaat fragte ja auch nicht - wenn man einmal von theologischen Überlegungen absieht - nach dem Konstituens der Stände. Die Stände galten als gegeben.

Baier

Für mein Empfinden hat Herr Dahrendorf - für den Soziologen erstaunlich - die Freiheits- und Gleichheitsproblematik zu begrifflich abgehandelt. So ist der Satz "Freiheit kann ein Privileg sein, Gleichheit ist es schon vom Begriff her nicht" begrifflich sicher richtig, historisch aber völlig falsch. Denn natürlich kann Gleichheit empirisch ebenfalls ein Privileg sein und ist es auch gewesen.

Gleichheit war in den revolutionären und evolutionären Bewegungen der europäischen Geschichte der letzten 200 Jahre stets ein Ideal, das bestimmte Teile der Bevölkerung ausschloß. So hat sich in der Französischen Revolution der "Dritte Stand" zur Nation erklärt, während Adel und Klerus nicht mehr dazu gehörten. Auch in Deutschland schloß der Volksbegriff um 1848 bestimmte großbürgerliche und adelige Kreise aus. Er hat deutlich einen kleinbürgerlichen, handwerkerlichen, von der Arbeiterschaft her bestimmten Klang und ist erst später vom nationalen, liberalen Bürgertum übernommen worden. Der Begriff "Nation" dann im Nationalsozialismus - das rassereine Volk - war ebenfalls ein Ausschlußbegriff, hinter dem auch eine Gleichheitsvorstellung stand, nämlich die Gleichheit der Volksgenossen. Insofern war auch der Faschismus eine moderne "Bewegung der Gleichheit".

Gleichheit ist immer auch ein Privileg, weil man mit diesem politischen Ideal bestimmte Bevölkerungsteile ausschließt, häufig unter sehr mörderischen Bedingungen. Die historische Hypothek dieses Begriffs ist für mich für die Gegenwart viel wichtiger als alle Ideale und Verfassungskontexte, in denen er wohldefiniert vorkommt.

Auch der Begriff "Arbeitnehmer" muß in dieser historischen Kontinuität gesehen werden, weil hier ebenfalls ein bestimmter Teil des Volkes ausgeschlossen wird, nämlich diejenigen, die nicht Arbeitnehmer, sondern Arbeitgeber sind. Für das, was dahinter auch an blutiger Wirklichkeit aufscheint, indem bestimmte Bevölkerungsteile aus einer politischen Gemeinschaft ausgeschlossen werden sollen, müssen wir heute sensibel werden. Wir sollten darüber nicht schweigen; denn es wird etwa an den Universitäten durch radikale und auch weniger radikale Gruppen bereits offen formuliert, welche volks- und klassenfeindlichen Elemente ausgeschlossen werden sollen, wenn man auch die Konsequenzen noch nicht deutlich ausspricht.

Ein anderer Punkt: Herr Dahrendorf hat meiner Ansicht nach die hessische Entwicklung nicht richtig beschrieben. Es geht in Hessen zum Beispiel in der Schul- und Hochschulpolitik nicht darum, daß bestimmte soziale Gruppen gleichmäßig nach ihrer Zahlenstärke repräsentiert werden müssen oder daß sich bestimmte Verhaltensweisen dieser sozialen Gruppen im Schulbetrieb gleichberechtigt durchsetzen können. Es soll doch nicht etwa die Hochsprache durch regionale Dialekte ersetzt werden, um eine Gleichberechtigung bestimmter Bevölkerungsteile zu erreichen. Vielmehr geht es hier um die Auflösung und nicht um die Festschreibung von sozialen Ungleichheiten, Schichten- und Klassenunterschieden. Das halte ich für ein echtes politisches Problem, das sich gerade in Hessen so hart stellt, weil dort die Auflösung sozialer Ungleichheiten, denen wir wahrscheinlich von allen Parteien, allen demokratischen Standorten her zustimmen, mit klassenkämpferischen, zum Teil auch mit recht gewalttätigen Mitteln durchgesetzt werden soll.

Gleichheit heißt in einem modernen Staat wie der Bundesrepublik eben nicht proportionale Repräsentanz der sozialen Schichten, Klassen und Gruppen, sondern die Auflösung von Ungleichheiten auf einem Niveau, das freilich von denjenigen, die diese Auflösung auch mit klassenkämpferischen Mitteln betreiben wollen, noch nicht deutlich gemacht worden ist.

Aber hier sind historische Analogien zu ziehen. Das heißt, bestimmte Bevölkerungsteile sollen aus dieser Großgesellschaft der Arbeitnehmer ausgeschlossen werden - heute ist es das schon recht dezimierte Besitz- und Bildungsbürgertum, gestern waren es der Adel und der Klerus. Das könnte das Niveau sein, auf dem sich sozusagen eine neue Gesellschaft von abhängigen Arbeitsbürgern bildet, in der man eine neue Sprache spricht, in der man neue Inhalte an den Hochschulen lehrt und lernt. Dieses Niveau ist aber wahrscheinlich - ich will es freilich nicht dramatisieren nur durch sehr harte und politisch aufwendige Sozialkämpfe zu erreichen.

Jäckel

Von der Geschichte her läßt sich argumentieren: Freiheit oder Freiheiten hat es immer gegeben. Gleichheit dagegen hat es noch nie gegeben, und sie kann es auch nicht geben. In der Erklärung der Menschen und Bürgerrechte der Französischen Revolution von 1789 heißt es: Alle Menschen sind frei und gleich. Dabei waren die Menschen auch nach Meinung der Urheber dieser Erklärung nicht gleich. So dachte niemand daran, daß Frauen die gleichen Rechte haben könnten wie Männer, und in der Verfassung, zu der diese Erklärung gehört, sind die Kolonien ausdrücklich ausgenommen. Niemand dachte daran, daß die Einwohner der Kolonien gleich sein könnten.

Das Ergebnis dieser Verfassung war das Zensuswahlrecht, das heißt eine Gruppe, die Bourgeoisie, hatte einer anderen Gruppe, nämlich den bisher Privilegierten - Adel und Klerus;- , die Privilegien weggenommen und sich selbst angeeignet.

Das hatte eine wichtige Konsequenz: Freiheit war nunmehr erwerbbar, banal gesagt, käuflich geworden. Man konnte Bourgeois werden, wenn man genügend Geld hatte. Denken Sie an das Wort von Louis-Philippe, der denjenigen, die das allgemeine Wahlrecht forderten, entgegenhielt: Enrichissez-vous - bereichert Euch; das heißt, werdet reich genug, um in die entsprechenden Zensusklassen hineinzukommen. Damit war die Möglichkeit gegeben, auch anderen Gruppen diese Freiheiten zuteil werden zu lassen. Die Jakobiner forderten dann schon das allgemeine Wahlrecht, also Freiheiten für eine noch größere Gruppe.

Die Frage kann deshalb nicht lauten, ob Freiheit und Gleichheit verträglich oder unverträglich sind. Vielmehr ist Gleichheit das Maß oder das Mittel, mit dem Freiheit ausgeweitet wird und einer zunehmend größeren Anzahl von Menschen zuteil gemacht werden soll.

Roellecke

Den Satz von Herrn Dahrendorf: "Einer allein kann frei sein, aber einer allein kann nicht gleich sein" würde ich auch theoretisch bestreiten, Herr Baier. Einer allein kann auch nicht frei sein. Denn wenn er wirklich allein ist, dann wird alles, was man auch nur entfernt mit Freiheit assoziiert, sinnlos. Definiert man Freiheit beispielsweise als Wahlfreiheit, dann muß die Wahl sinnvoll sein. Eine sinnvolle Wahl setzt aber eine sinnhafte Umwelt voraus, und sinnhaft ist die Umwelt nur durch Mitmenschen. Insofern setzt Freiheit den Mitmenschen, den anderen voraus.

Haas

Daß Gleichheit kein Privileg sein kann, ist zweifellos richtig. Wenn die Gleichheit erreicht ist, ist sie kein Privileg mehr. In diesem Zusammenhang erinnere ich jedoch an den Satz von Orwell: "All animals are equal - some are more equal." Darin zeigt sich die ganze Problematik des Gleichheitsbegriffes, vor allem wenn wir ihn an den realpolitischen Verhältnissen messen.

Dagegen würde ich der These von Herrn Dahrendorf: "Der einzelne kann frei, aber nicht gleich sein" widersprechen. Auch Robinson ist auf seiner Insel nicht frei, weil er von den Verhältnissen der Umwelt abhängt, ohne die der Mensch nicht denkbar ist. Alles, was wir Freiheit nennen, hängt von ökonomischen, geophysikalischen und anderen Verhältnissen ab, denen sich Robinson so lange ausgesetzt sieht, bis er an einem schönen "Freitag" ein neues Herrschaftsverhältnis aufrichten kann, durch das er den Grad seiner eigenen Freiheit erheblich erhöht.

Dahrendorf

Wenn ich die Formulierung gebrauchte: Der einzelne kann frei, aber nicht gleich sein, dann habe ich damit nicht Robinson gemeint, Herr Haas. Ich will damit auch gar nicht auf den einzelnen abstellen. Ich habe vielmehr an den Freiheits- und Staatsbegriff bei Aristoteles gedacht.

Roellecke

Prüft man die Begriffe Freiheit und Gleichheit auf ihren politischen Sinn, so sind es polemische, gegen Herrschaft gerichtete Begriffe: Wenn alle gleich sind, ist keine Herrschaft mehr möglich, und wenn alle frei sind, ist sie per definitionem ausgeschlossen. Deshalb reduziert sich das, was Herr Dahrendorf die Revolution der Gleichheit genannt hat, auf das Problem der gerechten Herrschaft.

Coulmas

Ich stimme Ihnen zu, Herr Roellecke, daß Gleichheit ein polemischer Begriff ist, der sich gegen Herrschaft richtet. Bei Herrn Dahrendorf wird deutlich, daß die Freiheit heute in der Verteidigung steht. Er hat die Gleichheit, das, was das "Pathos der Gleichheit" genannt wird, als das entscheidende Motiv der gegenwärtigen Geschichte bezeichnet. Gleichheit wird als ein Korrektiv für Ungleichheit angesehen, und Ungleichheit erscheint als Furcht von Freiheit. Die Freiheit ist gewissermaßen ein Naturprodukt. Ungleich werden die Menschen dadurch, daß die einen mit mehr Fähigkeiten, die anderen mit weniger begabt sind. Die Starken können sich durchsetzen. Es entstehen Herrschaftsordnungen, Feudalismen und Unterschiede des Reichtums. Die möchte man abbauen.

Gleichheit ist aus dieser Optik sozusagen eine Kulturleistung gegen die Natur, die Ungleichheit produziert. Dieser Gleichheitsbegriff wurde vor allem durch die Religionen als Gleichheit vor Gott konstituiert. Daraus wurde für die heutige Zeit die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichheit des Staatsbürgers abgeleitet. Demokratisierung ist in diesem Sinne als ein Korrektiv für eine als Unrecht empfundene Herrschaftsordnung gemeint.

Mir erscheint problematisch, daß man die Notwendigkeit dessen, was man einst Herrschaft nannte, was man heute als Autorität oder als Ausübung von Macht bezeichnen mag, verkennt. Herrschaft hatte früher ihre Würde und ihre Bedeutung nur, wenn sie Freiheit begründete und nicht Unterdrückung institutionalisierte.

Die beiden großen Leistungen der europäischen Geschichte sind erstens die Universität und zweitens die Stadt mit allem, was dazu gehört: dem Gewerbefleiß, dem Zunftwesen, dem Unternehmer, der die Welt freiheitlich gestaltet hat. Heute befinden sich sowohl die Universität als auch das Unternehmertum in der Verteidigung. Dabei halte ich die Politisierung der Universität, wo Parteilichkeit zur Tugend gemacht wird, für am gefährlichsten.

Es ist die große Leistung der europäischen Geschichte gewesen, eine Universität zu schaffen, die einen Freiraum garantierte. Selbst wenn das nur eingeschränkt gelten kann, so war doch innerhalb

dieses Freiraumes die Möglichkeit zu einer Auseinandersetzung zwischen geistigen Positionen gegeben, die nicht durch Machtverhältnisse bedingt waren.

von Hentig

Als Kampfparolen gegen nicht legitimierte Herrschaft oder gegen Herrschaft überhaupt sind die Begriffe Freiheit und Gleichheit kaum noch geeignet, Herr Roellecke. In einer Diskussion mit Studenten dürfte man sie jedenfalls nicht mehr verwenden.

Roellecke

Doch.

von Hentig

Was haben Sie für Studenten, Herr Roellecke! Solche Leerformeln kommen doch nicht mehr an.

Offenbar handelt es sich bei Freiheit und Gleichheit um ein komplexes Verhältnis. Freiheit, wenn sie *laissez faire* ist, führt in der Tat zu mehr Ungleichheit. Ungleichheit aber führt in der Regel zu Herrschaft und deshalb auch, so werden viele meinen, zu weniger Freiheit.

Beim Freiheitsproblem geht es um Ungleichheiten, die in verschiedenen Epochen und verschiedenen geschichtlichen Lagen jeweils anders aussehen. Sie stehen der Aufhebung von illegitimer Herrschaft oder von Privilegien im Wege. Ich will hier von "Emanzipation" sprechen und verstehe darunter die Befreiung von indirekten, auch mir selbst noch nicht ganz bewußten Zwängen. Warum ist so viel von sozio-ökonomischen Determinanten, von Sprachbarrieren, von Milieu, von Vaterfigur und alledem die Rede? Das alles sind Formen der Herrschaft, derer ich mich nicht erwehren kann. Da hilft kein Tyrannenmord; ich kenne den Tyrannen nicht, er wohnt in mir selber. Er ist mir gewissermaßen durch meine Sozialisation mitgegeben worden. Die Antwort, die die "moderne Pädagogik" dafür bereithält, lautet "Therapierung". Das ist seinerseits ein indirektes Verfahren, das den Tyrannenmord, den Aufstand, die Revolution der Gleichheit ebenfalls nicht zuläßt.

Diese Bedeutung von "Emanzipation" können wir historisch begründen. So war zum Beispiel mit dem Ausdruck "Emanzipation der Juden" zunächst gemeint, daß man ihnen eines Tages erlaubte, außerhalb der Ghettos zu wohnen. Mit dem Ausdruck "ein emanzipierter Jude" war dagegen derjenige gemeint, der sich von seiner Orthodoxie gelöst hatte, so daß er in der neuen Gesellschaft leben konnte. Auch eine Frau ist nicht dann emanzipiert, wenn man ihr die Rechte gibt, die bisher der Mann für sich allein beanspruchte, sondern wenn sie selbst diese Rechte einzunehmen bereit und in der Lage ist, wenn sie also eine Selbstbefreiung, eine Selbstaufklärung vollzogen hat.

Dieser Teil der Befreiung ist in unserer interdependenten Gesellschaft sehr schwierig. Weil man nicht weiß, wo der Feind steht, macht man ihn sich: Tyrannen oder Drachen, die man töten kann, obwohl es meist gar nicht die Drachen sind, die uns unfrei machen. Natürlich dürfen die Schulen nicht aufhören, die auch in ihnen entstehende, nicht nur die ihnen angelieferte Unfreiheit und Ungleichheit immer wieder anzugreifen. Aber Sie dürfen nicht von uns erwarten, daß wir den "guten" Menschen hervorbringen, der immer richtig handelt, verantwortlich konsumiert, den Straßenverkehr bewältigt und den Krieg vermeidet.

In der Französischen Revolution steht neben Freiheit und Gleichheit noch der Begriff der Brüderlichkeit. Historiker haben mir erklärt, dieser Begriff habe damals eine Art Solidarisierungsfunktion zwischen den Ständen erfüllt. Heute setzen die Marxisten gerne an die Stelle der Brüderlichkeit das Eigentum, die große Errungenschaft des Bürgers der damaligen Zeit. Eigentum ist heute noch immer ein Privileg, jedenfalls ermöglicht es sehr viel. Jencks hat untersucht, wie sich Bildung auf das Einkommen auswirkt; denn das Einkommen determiniert die Stellung in der Gesellschaft. Er hat herausgefunden, daß das Einkommen durch Bildung fast gar nicht beeinflußt wird. Eine entsprechende Untersuchung über das Eigentum gibt es nicht, vermutlich ist der Einfluß der Bildung darauf noch geringer.

Gleichwohl ist Bildung überhaupt eine Voraussetzung für Freiheit und für Gleichheit. So ist sie für die Gleichheit insofern wichtig, als wir die nicht aufhebbaren Ungleichheiten erkennen und uns mit ihnen abfinden. Im Freiheitsbegriff sind Ungleichheiten mit eingeschlossen, die man aushalten muß. Das ist eine Voraussetzung dafür, daß man die mögliche Gleichheit oder, besser gesagt, die mögliche Gerechtigkeit herstellen kann. Dazu gehört auch die Chancengleichheit.

Reicht eigentlich ein differenziertes Angebot aus, Herr Dahrendorf, damit sich die Gesellschaft eine freie nennen kann? Genauso wichtig ist, daß die Zugänge zu diesem differenzierten Angebot

gleichgemacht werden. Das Angebot allein reicht ja schon deshalb nicht aus, weil man Freiheit nicht nur gewährt bekommen, sondern auch selbst wollen muß.

In einem Roman von Laxness heißt es: Ein Sklave ist ein erbärmlicher Mann; ein geprügelter Sklave ist ein großer Mann, denn in seiner Brust wohnt die Freiheit. Das heißt, das Leid an der Sklaverei erzeugt das Bedürfnis nach Freiheit. Unsere Gesellschaft erzeugt offenbar kein Leiden mehr an Unfreiheit, sondern nur ein Leiden an Ungleichheit. Man sieht, wie reich die anderen sind und zu wie wenig man es selbst gebracht hat. Damit wird aber das komplizierte Verhältnis verschleiert, das zwischen Freiheit und Gleichheit besteht.

Baring

Herr Dahrendorf stellte kürzlich in der "Zelf-Diskussion" über die Ölkrise die Frage, wie es eigentlich mit der Realität des Fortschritts in unserer heutigen Gesellschaft stehe. In diesem Zusammenhang haben Sie davon gesprochen, daß der zunehmenden internationalen Ungleichheit in der nächsten Phase der Weltpolitik ein Druck auf zunehmende Gleichheit im Innern der Gesellschaften entsprechen werde, wobei beide Prozesse miteinander zusammenhängen.

Wenn wir uns auf ein Nullwachstum oder ein sich der Nullgrenze näherndes Wachstum einstellen müssen, dann ist es tatsächlich möglich, daß sich die Kämpfe im Innern der Gesellschaften auf die Realisierung oder die Verweigerung der Demokratisierung konzentrieren werden. So heißt es in einem Artikel in der letzten Ausgabe der "Neuen Gesellschaft" richtig, aber problematisch: Das einzige sinnvolle Mittel gegen die Eskalation der Verteilungskämpfe bei geringen oder ausbleibenden Lohnsteigerungen werde die Humanisierung der Arbeitsplätze und die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse im Arbeitsbereich sein. Dabei hat man offenbar die Erwartung, daß eine Humanisierung der Arbeitsplätze durch eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse erreicht wird. Hier müssen die Bedenken, die Herr Maier hat anklingen lassen, unterstrichen werden.

Es war für mich auffällig, daß Herr Dahrendorf vom deutschen historischen Kontext völlig abgesehen hat. Dabei weiß gerade er, daß die Wurzeln der Freiheit in Deutschland sehr viel schwächer waren als in anderen Ländern, wenn es sie auch, wie Herr Heinemann stets mit Recht betont hat, immer gab. Deshalb werden auch die Gefahren, die sich in der gegenwärtigen Situation stellen, bei uns besonders deutlich empfunden, weil die Gegengewichte, die Traditionselemente fehlen, die andere Länder eher in die Lage versetzen, eine solche Krise aufzufangen.

Diese krisenhafte Situation nicht nur bei uns resultiert letztlich daraus, daß sich die Gesellschaften des Westens, auf längere Sicht gesehen, von einigen Grundannahmen trennen müssen, die diese Gesellschaften seit dem 18. Jahrhundert wesentlich bestimmt haben und die heute in erheblichem Maße in Frage gestellt sind.

Nehmen wir als aktuelles Beispiel das "Bürgerrecht auf Bildung", das stets anders verstanden wurde, als es Herr Dahrendorf seinerzeit gemeint hat, als er diesen Begriff prägte. Die Bildung als solche ist dem größten Teil unserer Landsleute doch vollkommen gleichgültig. Sie sind vor allem daran interessiert, daß das verwirklichte Bürgerrecht auf Bildung eine höhere Sozialchance bedeutet. Wenn Sie die heutige Lage an den deutschen Universitäten bedenken, erscheint gerade dies als eine äußerst fragwürdige Erwartung.

Wichtiger noch ist jedoch das Bild des "mündigen Bürgers" überhaupt. Ich habe dieser Tage noch einmal eine Rede nachgelesen, die Herr Dahrendorf 1968 in München gehalten hat und die typisch ist für jene Phase des Optimismus und des Zukunftsglaubens, den wir damals alle in dieser Gesellschaft gehabt haben, unabhängig davon, ob wir uns mehr als die Wahrer des Adenauer-Erbes fühlten oder mehr als diejenigen, die mit Brandt und Scheel das neue Deutschland bauen wollten. Beide Gruppen stehen gegenwärtig etwas verwirrt vor der Bilanz dessen, was sie beiderseits in diesem Lande in Frage gestellt sehen.

Inwieweit ist die Annahme gerechtfertigt, daß dieses Land aus mündigen Bürgern besteht oder bestehen wird, so daß wir auch nur einen winzigen Bruchteil dessen erwarten dürfen, was das 18. Jahrhundert der Menschheit im Namen der Freiheit und Gleichheit versprochen hat? Welche realistischen Hoffnungen können wir etwa mit dem Gedanken der Demokratisierung verbinden?

Blüm

Ich halte es für ein sehr populäres Verständnis von Freiheit und Gleichheit: Je mehr Freiheit, um so weniger Gleichheit, je mehr Gleichheit, um so weniger Freiheit. Historisch war es allerdings meistens umgekehrt; denn wo Freiheit auf Ungleichheit basierte, da war es die Freiheit von wenigen. Und wo die Freiheit auf Privilegien beruhte, da war sie eine Beschränkung der Freiheit derjenigen, die diese

Privilegien nicht besaßen. Das war ein sehr elitäres Verständnis von Freiheit. Freiheit ist in meinem Verständnis auf Chancengleichheit angewiesen.

Sicher ist die elementare Form der Freiheit eine Freiheit wovon: von Willkür, von Not. Da geht es zunächst einmal um Freiheit auch gegen jemanden, geschichtlich gesehen immer gegen ein Machtzentrum. Das war der übermächtige Vater, in welcher Gestalt er auch historisch auftrat: als Staat, als Fürst oder wie immer.

Heute geht es - um in dem Familienbild zu bleiben um die Bedrohung der Freiheit durch ungleiche Brüder. Unsere Freiheitsräume werden nicht mehr nur von oben, von einem ständig erkennbaren übermächtigen Vater bedroht, sondern wir beschränken wechselseitig unseren Freiheitsraum selber. Deshalb sind Freiheit und Gleichheit heute ein Problem der Machtbalance. Denn das Mißtrauen gegenüber jedweder Macht ist so groß, daß wir uns Freiheit wechselseitig gewähren und nicht mehr von einem Machtzentrum abfordern müssen.

Roellecke

Das ist die Ideologie der Herrschenden.

Blüm

Ob das eine Ideologie der Herrschenden ist, können wir bei der paritätischen Mitbestimmung politisch einmal durchspielen. Da habe ich bereits Zweifel. Auch da geht es um ein Problem der Machtbalance, umgesetzt in die politische Form der Kooperation, und nicht nur um die liberalen Freiheitsformen in individuellen Dimensionen.

Das politische Postulat der Gleichheit heißt heute Gleichgewicht. Es hat eine prozessuale Form. Das eigentliche politische Problem scheint mir zu sein, wie man dieses Gleichgewicht so dynamisch gestaltet, daß es nicht zu einem Kartell der Mächtigen wird, die sich gegenseitig die Bälle zuschieben. Es darf kein Gleichgewicht sein, das zur Innovation unfähig ist und bei dem die Randgruppen ausgeschlossen werden. Bei dieser Art von Pluralismus müßte eine Menge Leute ihre Freifahrtscheine oder ihre Vorrechte aufgeben. Deshalb bezweifle ich, ob es sich hierbei um eine Ideologie der Herrschenden handelt.

Frister

Ich halte den Gegensatz von Freiheit und Gleichheit für konstruiert. Man kann sie nur dann als Gegensatz darstellen, wenn man davon ausgeht, daß es sich um eine Freiheit für wenige handelt. Denn der Kampf um die Gleichheit bedeutet doch nichts anderes, als Freiheit für alle herzustellen, daß heißt, im Grunde geht es dabei um eine Vollendung der Freiheit. Das ist sicher Utopie, aber es ist der Beweggrund für diesen Kampf.

Wenn man von Gleichheitsparteien einerseits und Freiheitsparteien andererseits spricht, so sind die Gleichheitsparteien diejenigen, die für möglichst viele, im Idealfall für alle, Freiheit haben wollen. Dagegen wollen die Freiheitsparteien die Freiheiten für diejenigen, die sie haben, bewahren. Man muß also immer ganz konkret fragen, welche Freiheit für wen gemeint ist.

Wenn man über Freiheit und Gleichheit diskutiert, dann muß auch von Herrschaft und Macht die Rede sein. Letzten Endes geht es darum, die Macht zu kontrollieren und den Zugang zu ihr zu demokratisieren. Ich bezweifle, Herr Dahrendorf, ob man so etwas wie das imperative Mandat, zu dem ich mich in einer abgestuften Weise bekennen würde, oder so etwas wie Mitbestimmung unter dem Gesichtspunkt der Immobilität, der Einengung von Initiative, der Unterdrückung von Ideen sehen kann.

Für die Kontrolle von Macht ist sowohl ein abgestuftes imperatives Mandat als auch die Mitbestimmung notwendig. Dafür können wir auf allen Ebenen der Politik, von der Kommune bis zum Bund, genügend Beispiele nennen.

Weichmann

... und auch Gegenbeispiele.

Frister

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Bei der seinerzeitigen Forcierung des Ölverbrauchs wurden auf der einen Seite durchaus Freiheitsmöglichkeiten ausgeübt. Auf der anderen Seite wurden die Freiheiten anderer erheblich eingeschränkt, nämlich beispielsweise bei den im Ruhrbergbau

arbeitenden Menschen. Wenn man sich ansieht, was diejenigen, die heute die Mitbestimmung fordern, damals über die Erhaltung der Kohle als Energiequelle gesagt haben, dann muß man feststellen, daß die zukunftsweisenden Ideen und Einsichten in die künftige Entwicklung keineswegs auf der Seite derer gewesen sind, die die Freiheitsrechte in Anspruch nehmen. Da stellt sich dann durchaus die Frage, wohin die Freiheit, die von wenigen ausgeübt wird, führt. Sie muß keineswegs mit der richtigen Einsicht in die Zusammenhänge und mit sinnvollen Initiativen verbunden sein.

Haas

Ich stimme Herrn Frister zu, daß Freiheit und Gleichheit immer im Zusammenhang mit dem Phänomen der Macht diskutiert werden müssen. Wenn aber Fortschritt von Freiheit und Gleichheit von der Kontrolle der Macht abhängen soll, dann besteht nach meiner Meinung die geschichtlich nachweisbare Ironie darin, daß die Kontrolle der Macht häufig zur Macht der Kontrolle wird und die Freiheit wieder aufhebt.

Raddatz

Auch ich kann den Antagonismus von Freiheit und Gleichheit so allgemein nicht akzeptieren. Gleichheit bedeutet nicht das nivellierende Einschmelzen sämtlicher Unterschiede. Sie ist vielmehr notwendig für die Erhaltung der Freiheit. Anderenfalls würde die Forderung nach mehr Gleichheit in der Tat im "Mäusestaat" enden, in dem alles nivelliert ist. Dann hätte Herr Dahrendorf recht, daß ein entdifferenziertes Angebot die Freiheit einschränkt.

Um ein Beispiel aus der Praxis zu geben: Ich habe einige Jahre lang einen Verlag geleitet. Natürlich war es nicht denkbar, dort Gleichheit im egalitären, unterschiedslosen Sinne zu praktizieren. Als wir das auch nur im Ansatz versuchten, erlebten wir eine Katastrophe. Denn, wie Herr Dahrendorf sagte, die Mitbestimmer, die am Erhalten des Besitzstandes interessiert sind, wollten keine Experimente eingehen. Unter diesen Umständen hätten wir weder Habermas noch Proust verlegen können, sondern nur "Morgens um sieben ist die Welt noch in Ordnung" oder ähnliches. Diese Form von Gleichheit führt zu nichts. Vor die Gleichheit sollte also das Möglichmachen von Freiheit geschaltet sein, das heißt, man muß innerhalb der Freiheit die Voraussetzungen zu Gleichheit schaffen.

Coulmas

Diejenigen, die sich zum Ziel gesetzt haben, unser Gesellschaftssystem zu verändern, wollen tatsächlich auf einen Egalitarismus hinaus. Das müssen wir ernst nehmen; denn diesen Kräften geht es nicht darum, Freiheit und Gleichheit zusammen zu verwirklichen.

Apel

Wir sollten den Zusammenhang von Freiheit und Gleichheit nicht so abstrakt sehen. Mir kommt es auf folgende Unterscheidung an: Bei der nationalen und der staatsbürgerlichen Freiheit dürfte es durchaus möglich sein, und das hat sich in der Vergangenheit auch gezeigt, ein hohes Maß an Freiheit mit einem hohen Maß an Gleichheit zu verbinden. So erwähnte Herr Dahrendorf die Meinungs- und die Koalitionsfreiheit, wo ein Mehr an Gleichheit nicht unbedingt das Streben nach mehr Freiheit stört. Hier besteht jedenfalls kein prinzipieller Widerspruch. Dies ist aber in anderen Bereichen nicht unbedingt der Fall.

So stelle ich die These auf, daß im sozialen Bereich ein Mehr an Gleichheit oft zu Lasten der Freiheit geht. Muß das aber zwangsläufig so sein? Damit ist noch kein Werturteil verbunden, wann man einem Mehr an Gleichheit oder wann man einem Mehr an Freiheit den Vorrang gibt.

Solange zum Beispiel nur zwei Prozent der Bevölkerung Autofahrer sind, kann man ein sehr hohes Maß an Freiheit einräumen. Es genügt die einfache Regel "rechts vor links". Wenn aber fünfzig Prozent der Bevölkerung Autofahrer sind, werden wir an jeder Straßenecke gewahr, wie stark in die Freiheit des einzelnen eingegriffen werden muß.

Etwas weniger trivial ist ein anderes Beispiel: Solange wir nur sieben Prozent der betreffenden Jahrgänge mit Hochschulzugangsberechtigungen versehen, kann man ein Maximum an akademischer Freiheit gewähren. Die Gesellschaft kann es sich dann leisten, jedem die Freiheit der Wahl zu lassen, an jedem beliebigen Universitätsort jedes beliebige Fach zu studieren. Wenn die Zahl aber auf dreißig oder vierzig Prozent ansteigt - Gleichheit der Chancen;- , dann muß zu Lasten der Freiheit reglementierend eingegriffen werden.

Hier stoßen wir auf etwas, das fast den Charakter einer Gesetzmäßigkeit hat, was sich auch an anderen Beispielen zeigen ließe. Sicherlich ist zu keiner Zeit mehr für die junge Generation getan

worden als heute. Dennoch begegnet uns ein erhebliches Unbehagen. Ein Grund dafür liegt darin, daß die vielen ihre heutige Freiheit an jener Freiheit messen, die nur möglich war, solange sie für Minderheiten da war. Daraus entsteht dann der Widerspruch zwischen einem aus der Vergangenheit abgeleiteten Ideal und der veränderten heutigen Wirklichkeit, wo die Basis der Gleichheit so verbreitert worden ist, daß sie manche überkommenen Freiheiten nicht mehr zuläßt.

Orientiert man sich bei der Frage der Demokratisierung nicht wie Herr Maier unmittelbar am Staatsbürger, sondern wie Herr Dahrendorf an der Freiheit, dann wird in einem großräumigen Staatswesen wie der Bundesrepublik die Freiheit für viele in dem Bereich, in dem sie unmittelbar von Entscheidungen betroffen werden, fragwürdig.

Die sagen dann: Da gibt es ein gewähltes Parlament, das Gesetze macht und so weiter. Das entzieht sich schon für ein Areal wie Hamburg oder für ein Land wie Bayern und erst recht für die Bundesrepublik als Ganzes meiner Beurteilungsmöglichkeit. Aber da, wo vor Ort etwas geschieht, was ich kenne und beurteilen kann - zum Beispiel in der Schule, in der Universität oder beim Bebauungsplanverfahren;- , da wünsche ich auf Entscheidungsprozesse Einfluß zu nehmen.

Das Problem scheint mir in den Abgrenzungen zu liegen. Wo kann man, ohne daß das Ganze Schaden nimmt, einerseits Autonomien schaffen, und wo müssen andererseits Prärogativen erhalten bleiben, damit das Ganze nicht atomisiert wird und dann nachher durch gegensätzliche Entscheidungen auseinanderläuft.

Baier

Es gibt zweifellos eine Art Gesetzlichkeit, Herr Apel, daß der Zwang zur Regulierung steigt, je mehr Menschen bestimmte Freiheitsrechte in Anspruch nehmen. Das zeigt sich nicht nur im Straßenverkehr, sondern, wie Sie richtig sagen, auch an unseren Hochschulen. Seit 1967 hat man den jungen Menschen immer wieder gesagt: Macht euer Abitur, beginnt dann ein Studium, und ihr habt neue Lebenschancen! Heute kommen sie nun an die Universitäten und glauben, noch die alten Freiheitsräume vorzufinden. Statt dessen werden sie in Zukunft nur noch unter sehr reglementierten Bedingungen studieren können.

Dieser Prozeß ist zwangsläufig. Es hieße heute eine schlechte Hochschulpolitik betreiben, wenn man die Regulierung der Studiengänge unterlassen würde; denn die steigende Quantität zwingt dazu. Das läßt sich auch an verschiedenen anderen Bereichen, etwa dem der Gesundheitspolitik, beobachten.

In der Bundesrepublik decken wir diese Probleme zu. Daran sind auch die in Bonn regierenden Parteien nicht unschuldig, weil sie in diesem Sinne auf die Meinungsbildung einwirken. Durch Formeln wie Mündigkeit, Emanzipation und so weiter wird der Zwang zur Regulierung und Rationalisierung aller sozialen Lebensverhältnisse verschleiert. Dieser Zwang wird dadurch ausgelöst, daß immer mehr Menschen ihre Freiheitsrechte ausschöpfen wollen. Begriffe wie Mündigkeit und Emanzipation geben ja unerhört befreiende Impulse; sie werden aber zu ideologischen Verdeckungsformeln, wenn sie die Einsicht in die von ihnen ausgelösten neuen Zwänge verhindern.

Eine weitere Formel klang bei Herrn Frister durch, daß nämlich die Freiheit an der Zunahme der Interdependenzen gemessen wird. Das bedeutet: Je mehr die Menschen in die gesellschaftlichen Beziehungen hineinwachsen und so ihre Fähigkeiten zur allseitigen Entfaltung bringen, um so freier werden sie. Das ist die marxistische, genauer gesagt, die Hegeische Formel von Freiheit. Ich warte jetzt nur noch darauf, daß diejenige Zunahme an Gleichheit, die die Zwangseingriffe in unsere Lebensverhältnisse notwendig erhöht, genau als Freiheit definiert wird. Kurz davor sind wir schon. Vielleicht wird Herr Frister noch nicht so weit gehen; das werden andere aus dieser Richtung übernehmen.

Jede Egalisierung - das hat sich in der Geschichte immer wieder gezeigt - muß mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden. Viele Revolutionäre mögen zunächst überrascht gewesen sein, daß sie genau die staatlichen Machtmittel wieder anwenden mußten, die sie vorher bekämpft hatten. Aber sie haben sich nie gescheut, sie anzuwenden. Dafür gibt es von Robespierre und St. Just bis Lenin und Stalin, weiß Gott, gute Belege.

Gansel

Wurde die Ungleichheit etwa ohne Zwang aufrechterhalten?

Baier

Der Zwang war indirekt, und insofern war er immer humaner. Das mag eine zynische Antwort sein, sie ist aber realistisch.

Weichmann

Ist es überhaupt denkbar, daß die Ungleichheit beseitigt wird?

Baier

In diesem Zusammenhang müssen wir auch über die Mittel, das Personal und die politischen Ideen sprechen, mit deren Hilfe der Zwangsprozeß durchgeführt werden soll, der Staatsbürger zu Sozialbürgern macht. Wir brauchen hier nur an die Funktionäre zu denken, die diesen erzwungenen Nivellierungsprozeß vorantreiben.

Der klassische Staat hat abgewirtschaftet, die Eroberung seiner Machtmittel lohnt sich nicht mehr. Das haben schon erstsemestrig KSV-Studenten durchaus erkannt. Die Leninsche Lösung, die Diktatur des Proletariats, mag theoretisch eine großartige Lösung sein, nur möchte man sie nicht am eigenen Leibe erfahren. Für die westlichen Gesellschaften scheint sie auch nicht recht tauglich zu sein, obwohl DKP-Funktionäre sicher das Gegenteil behaupten würden.

Wie sehen aber das Zwangsorgan und die Zwangsmittel aus, mit deren Hilfe sich in einer westlichen Industrie- und Konsumgesellschaft etwa die egalitären Ideale der sozialliberalen Parteien durchsetzen lassen? An diesem Punkt scheint auch ein Mann wie Willy Brandt heute ratlos zu sein, und das ist vielleicht auch eine Erklärung dafür, warum Herr Dahrendorf mehr Fragen stellen als Antworten geben konnte. Das Bedürfnis, die Staatsbürgerrechte zu Sozialrechten anzugleichen, ist sehr groß, aber es fehlen die Mittel, um diesen Prozeß durchzuführen. Daher die Ratlosigkeit. Wo sind die politischen Eliten, und über welche Machtmittel können sie verfügen, wo ist also das Zwangsorgan, das uns diese Gleichheit beschert? Gleichheit zu fordern, ohne vom politischen Zwang zu reden, mit dem sie durchgesetzt werden soll, ist hochideologisch. Davor möchte ich warnen.

von Bismarck

Eine solche Forderung ist nicht nur ideologisch, sondern als Erwartungsvorstellung wie die anderer Ideologien auch idealistisch, solange das "Wie" der Realisierungsmöglichkeiten völlig unklar bleibt. Eine solche Gleichheitsforderung unterschätzt entweder die Notwendigkeit von Autorität und Macht oder vernebelt absichtlich die Notwendigkeit von Zwangsorganen mit demokratischen Formeln.

Baier

Das gute Gewissen, das Robespierre durch seine Lektüre von Rousseau gehabt haben mag, hat seinen Opfern gar nichts geholfen. Insofern kann uns diese Art von Idealismus ziemlich gleichgültig sein.

Apel

Vielleicht nehmen Sie mich hier für etwas in Anspruch, Herr Baier, was ich betont nicht sagen wollte. Meiner politischen Herkunft nach bin ich der Meinung, daß Freiheit, so wie ich sie verstehe, nur durch ein Mehr an Gleichheit realisierbar ist. Dabei bedeutet Gleichheit für mich die Abschaffung von Benachteiligungen und keineswegs Egalität. Da stimme ich Herrn Raddatz zu.

Herr Jäckel hat nun Gleichheit gewissermaßen als eine quantitative Größe gedeutet in dem Sinne, daß die Freiheiten - zum Beispiel das Wahlrecht - auf einen immer größeren Personenkreis ausgeweitet werden. Für mich als politisch Handelnden stellt sich in diesem Zusammenhang aber die Frage: Wenn wir die Quantität steigern, kommen wir dann nicht an einen Punkt, wo Quantität in Qualität umschlägt? Das heißt: Ist das dann nicht eine andere Qualität von Freiheit? Ist das noch die Freiheit, die die Minderheiten aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen in Anspruch nehmen konnten? Wenn dies nicht der Fall ist, darf ich dann in denen, die ich durch politisches Handeln begünstigen will, die Illusion wecken, es sei die gleiche Freiheit, die vorher die Minderheiten gehabt haben?

Wenn ich also eine politische Entscheidung fälle, um mehr Gleichheit oder mehr Freiheit zu erreichen, dann muß ich mir immer der Konsequenzen und Nebenwirkungen bewußt sein und daran eventuell das Tempo meiner Handlungen ausrichten.

Wenn ich zum Beispiel durch das imperative Mandat mehr Gleichheit schaffen will, um mehr Menschen an dem Willensbildungsprozeß des Abgeordneten zu beteiligen, muß ich mir darüber im

klaren sein, daß dann der Begriff "Freiheit des Abgeordneten" einen anderen Inhalt bekommt als vorher. Dies kann man dennoch wollen - ich will es nicht;- , aber dann muß man auch zu den Konsequenzen dieses "Zugewinns" an Gleichheit stehen, und diese laufen eindeutig auf einen Verlust an Freiheit für den Abgeordneten hinaus.

Gansel

Wenn wir hier über Gleichheit sprechen, dann ist vielleicht der Hinweis von Interesse, daß im Godesberger Programm unter den Grundwerten des Sozialismus der Begriff Gleichheit nicht auftaucht - im Gegensatz zum Programm der schwedischen Sozialdemokraten. Nach unserem Verständnis ist Gleichheit in dem Begriff Gerechtigkeit mitenthalten.

Herr Dahrendorf unterschied zwischen einer Gleichheits- und einer Freiheitspartei. Zunächst hat hier die Freiheitspartei argumentiert, und zwar auf eine durchaus polemische Weise. Das dürfte nicht zuletzt daran liegen, daß an diesem Tisch lauter Ungleiche, Privilegierte sitzen. Das zeigt sich etwa bei der Annahme, wir hätten die staatsbürgerliche Gleichheit erreicht. So können nur Leute reden, die alle die Chance haben, sagen wir, Abgeordneter oder auch Kultusminister zu werden. Stellen Sie sich einmal vor, eine Fließbandarbeiterin, ein Jungarbeiter oder ein Mittelschulabsolvent hätten eine solche Idee.

Deshalb übersieht man vielleicht auch die Problematik, die in dem sogenannten imperativen Mandat steckt. Es bedeutet in der Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland ja lediglich eine stärkere Kontrolle der Abgeordneten und die Mitwirkung der Partei. Herr Dahrendorf hat so schön gesagt: "Als Abgeordnete sich frei entfalten können, initiativ werden und so weiter." Deshalb sehen Sie in der Kontrolle und Mitsprache der Partei eine Beschneidung des Freiheitsraumes des Abgeordneten. Dabei verkennen Sie aber, daß die Freiheit von anderen auf dem Wege über mehr Gleichheit vergrößert wird.

Nun bin ich der Meinung, daß man die Probleme von Freiheit und Gleichheit nur konkret diskutieren kann. Auch in der Geschichte haben sich ja keine Begriffe durchgesetzt, sondern es sind die Volksmassen gewesen, die Unterdrückung, Herrschaft, Ausbeutung, Ungleichheit und Verlust von Freiheit konkret erfahren haben. Weil die Menschen ihre Interessen in solchen Ideen vertreten fühlten, haben diese ihre Eigengesetzlichkeit entwickeln können.

Die konkrete Erfahrung von Unterdrückung und Ungleichheit hatte die Forderung nach Freiheit und Gleichheit zur Folge. Dabei ging es aber nie um totale Freiheit oder um totale Gleichheit, sondern man wollte freier sein von Zwängen und gleicher sein z u etwas, teilhaben an den Möglichkeiten, die das Leben bietet.

Daran möchte ich eine theoretische Konsequenz knüpfen. Meine These ist, daß Freiheit und Gleichheit nicht isoliert zu sehen sind, sondern gerade im politischen Bereich aufeinander bezogen werden müssen - bei aller Problematik, die darin liegen mag. Die politische Idee der Gleichheit hat die freie Entfaltung der Persönlichkeit zum Ziel.

Stern

Selbstverwirklichung des Menschen.

Gansel

Dazu braucht man zumindest Chancengleichheit. Bei der Idee der Gleichheit ist es nie um Uniformität gegangen - das hat man der sogenannten Gleichheitspartei immer anzuhängen versucht. Vielmehr ging es darum, für die große Masse der Bevölkerung einlösbare Chancen zu schaffen, um ihr eine Teilnahme am gesellschaftlichen, am staatlichen Leben zu ermöglichen.

Wie sieht denn die Freiheit des Jungarbeiters aus, der bei uns auch heute noch in bestimmten Milieus geradezu an das Fließband geboren wird? Wo ist die Freiheit etwa des Altersheimbewohners?

Weichmann

Was soll denn das für eine Freiheit für sie sein?

Gansel

Sie muß konkretisierbar sein in der Orientierung darauf hin, wie andere leben. Daraus resultiert die Forderung nach mehr Gleichheit im Sinne von weniger Benachteiligung. Die Fließbandarbeiterin, der

Mann im Altersheim, der Volksschüler, der gerade in die Lehre kommt, sie alle orientieren sich doch an anderen. Der Volksschüler empfindet seine benachteiligte Situation, und was er verlangt, ist nicht Uniformität. Sein Leben soll nicht genauso sein wie das aller anderen, sondern er will seine Benachteiligung loswerden.

Weichmann

Dann sollte man den überforderten Politiker abschaffen.

Gansel

Bei vielen würde es sicherlich nicht schaden.

Es war interessant, daß man Herrn Dahrendorf da, wo er abstrakt blieb, oft zustimmen konnte, während sich da, wo er konkret wurde, vielfach die Unhaltbarkeit seiner Thesen zeigte. So sagte er, in den kommunistischen Staaten sei für Freiheit kein Raum, weil es an einem differenzierten Angebot fehle. Das können Sie doch nicht gemeint haben. Es gibt durchaus Freiheiten, bei denen es nur darum geht, frei zu sein, von ...

Maier

Das ist jetzt äußerste Abstraktion.

Raddatz

Natürlich gibt es auch in kommunistischen Gesellschaften verschiedene Formen von Freiheit und Wahl, sagen wir, die Freiheit von Arbeitslosigkeit. Andere Freiheiten dagegen gibt es wiederum nicht.

Gansel

In kommunistischen Staaten ist mehr Freiheit möglich durch den Abbau von staatlichen Zwängen, ohne daß seitens des Staates oder der Gesellschaft ein "differenziertes Angebot" geschaffen werden muß. Freiheit kann sich auch selbst entfalten. Oder meinen Sie, Herr Dahrendorf, daß Freiheit nur auf der Grundlage unserer Wirtschaftsordnung möglich ist?

Lübbe

Die Ideologie des Marxismus-Leninismus kennt ihrem eigenen Anspruch nach keine Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit. Die marxistische Gleichheitsforderung bezieht sich, nach Analogie der vorhergehenden bürgerlich-liberalen Gleichheitsforderungen, auf politische Bedingungen der Freisetzung des Menschen zu privilegienfreier, sozusagen natürlicher Ungleichheit. Im ersten nachkapitalistischen Stadium des Sozialismus handelt es sich bei der Ungleichheit, zu deren Entfaltung die Menschen freigesetzt werden sollen, um die Ungleichheit ihrer verschiedenen Fähigkeiten. Im zweiten nachkapitalistischen Stadium, im Kommunismus, besteht dann die politische Gleichheit der Menschen in der gleichen Chance, ihre unterschiedlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Die skizzierte Ideologie läßt erkennen, daß es die kommunistischen Gesellschaften wahrscheinlich noch schwerer als wir haben werden, von der bedingungslosen Orientierung an Vorstellungen wirtschaftlichen Wachstums loszukommen. Denn es ist allein ein Zustand der Fülle, ja der Überfülle, der es denkbar macht, Gleichheit der Menschen in der Chance zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse herzustellen, das Problem der Verteilung zu entpolitisieren, indem man sozusagen vom Geben zum Nehmen übergeht. Die Orientierung an Vorstellungen wirtschaftlichen Wachstums gehört zu den wesentlichen Elementen der Zukunftsgewißheit, die in ideologisch integrierten kommunistischen Systemen herrscht.

Ich sehe drei Bedingungen für die politische Existenz einer Ideologie, die, wie seinem Anspruch nach der Marxismus-Leninismus, keine Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit kennt. Erstens: Vom Genuß der Ansprüche, die die proklamierte Freiheit gewährt, werden diejenigen ausgeschlossen, die sich den ideologisch definierten Bedingungen nicht unterwerfen wollen, unter denen hier Gleichheit verwirklicht wird. Zweitens: Freiheiten werden nur insoweit zugelassen und auch als solche bezeichnet, als sie im herrschenden ideologisch-politischen System selbst definiert und anerkannt werden können. Drittens: Es existiert ein ideologisch-politischer Zwang zur Anerkennung der Legitimität residualer oder sogar neu sich bildender Unterschiede. Zu solchen Unterschieden, an deren Legitimität im Herrschaftsbereich marxistisch-leninistischer Ideologie niemand zweifelt, gehören zum Beispiel die Unterschiede, die im Bildungsbereich in hochselektiven Prüfungssystemen zum

Ausdruck kommen und an die bekanntlich gerade auch in den sozialistischen Ländern erhebliche soziale Folgen geknüpft sind.

Demgegenüber hat die Enttäuschung gerade "progressiver" Bildungstheoretiker über die in unseren Gesamtschulen sich reproduzierende Selektion der Schüler nach Leistungsgruppen letztlich seinen ideologischen Grund darin, daß bei uns die Leistungsdifferenzierung und die mit ihr nachweislich verbundenen unterschiedlichen Sozialchancen nicht mehr als legitim anerkannt werden. Unter solchen Prämissen wird der Zwang zur Nivellierung auf dem jeweils höchsten Niveau übermächtig. Die Besoldungsgruppe A 13/ A 14 wird als Berufseingangsbesoldungsstufe für ein Viertel der Bevölkerung zum bildungspolitischen Fernziel. Unter dem Stichwort "Gesamthochschule" wird das Humboldtsche Ideal der Einheit von Forschung und Lehre als egalitärer Anspruch der Angehörigen tertiärer Ausbildungsdienstleistungsgroßbetriebe mit einem Personalstand von demnächst hunderttausend Hochschullehrern hochgehalten.

Freiherr von Weizsäcker

Herr Dahrendorf sagte, die Gleichheitspartei verfolge ihre Ziele durch solidarische Aktionen, während es in der Freiheitspartei die einzelnen seien, die es sich zutrauen, allein weiterzukommen. Der Begriff Solidarität wird von Ihnen also nur in Verbindung mit der Gleichheitspartei gebraucht. Ich bezweifle, ob das richtig ist.

Bei der Gleichheitspartei, so wie Herr Frister sie geschildert hat, kämpfen die Gleichen (die Unfreien) gegen die Ungleichen (die Freien, die Privilegierten). Solidarität in der Gleichheitspartei würde hier also der Kampf der eigenen Gruppe, der eigenen Klasse gegen die anderen bedeuten. Es ist der Kampf der Gleichen gegen die Ungleichen.

Hinzukommt bei dieser Gleichheitspartei - insbesondere dann, wenn sie an der Regierung ist - eine Solidarität im Sinne der kollektiven Sicherung aller, und zwar sowohl in bezug auf Gleichheit als auch in bezug auf Freiheit, so wie die Gleichheitspartei beide Begriffe versteht.

Bei der Freiheitspartei sehe ich einen anderen, aber nicht weniger zentralen Begriff von Solidarität und mich würde interessieren, Herr Dahrendorf, warum bei Ihnen Solidarität und Freiheit nur als Gegensätze erscheinen. Lassen Sie mich dazu auf Ihr Beispiel der Chancengleichheit eingehen. Ich behandle jetzt nicht die Problematik, wie weit es möglich ist, Chancengleichheit in der Bildungspolitik zu verwirklichen. Das ist ein schwieriges und wichtiges Gebiet, das von uns bisher nur unzulänglich beherrscht wird.

Ich gehe einmal davon aus, daß Chancengleichheit als politisches Ziel irgendwie verwirklicht wird. Dies würde aber sofort wieder zu einer neuen Differenzierung und zu neuer Ungleichheit führen. Das heißt, jene gedachte Gleichheitspartei wäre genötigt, die verwirklichte Chancengleichheit wieder abzuschaffen, weil sie aufgrund des Wettbewerbs und unterschiedlicher Leistungen die Gleichheit stört. Auf dem Wege der Chancengleichheit kann die Gleichheitspartei die Gleichheit jedenfalls nicht erreichen.

In einem Buch über Erfahrungen mit den Folgen der Chancengleichheit in Amerika wird die These vertreten, daß die Gleichheit auf direktem Wege erreicht werden muß. Das indirekte Mittel der Chancengleichheit erweise sich nicht nur als unzureichend, sondern geradezu als hinderlich. Ich bin deshalb der Meinung: Wenn man Chancengleichheit will, dann müssen zugleich Differenzierung, Wettbewerb und Leistung angestrebt werden.

von Bismarck

Dürfen sich aber die aus dem Wettbewerb entstandenen Ungleichheiten verfestigen? Ich denke zum Beispiel an das Erbrecht.

Freiherr von Weizsäcker

Es darf sich überhaupt nichts verfestigen. Das fängt für die Unternehmer beim Kartellrecht an und geht hin bis zur Marktbeherrschung durch die Gewerkschaften.

Solidarität muß da zur Anwendung kommen, wo die Chancengleichheit offensichtlich nicht in der Lage ist, den Menschen ihren gerechten Anteil am Leben zu sichern. Denn die Chancengleichheit kommt natürlich vor allem den Begabten entgegen, sofern sie überhaupt angemessen verwirklicht werden kann. Es gibt also einen weiten Bereich, in dem Maßnahmen ausgleichender Gerechtigkeit notwendig sind, und das ist eine der wesentlichen Aufgaben von Solidarität.

Im übrigen geht Solidarität vom Begriff und Bild eines Menschen aus, der auf Gemeinschaft angelegt ist und der infolgedessen ein Recht, aber auch die Pflicht hat, sich an den Angelegenheit der Gemeinschaft zu beteiligen. Gleichzeitig hat er ein Recht auf Hilfe durch Maßnahmen ausgleichender Gerechtigkeit. Dieser Solidaritätsbegriff führt aber zu einer anderen Konsequenz, als das bei der zitierten Gleichheitspartei der Fall ist.

Wir sind uns vermutlich alle darin einig, daß Gleichheit und Freiheit nicht im Gegensatz, sondern in einer bestimmten Beziehung zueinander stehen. Sie können sich zwar mitunter gegenseitig gefährden, eigentlich aber fördern und befruchten sie sich. Die konkrete Auseinandersetzung zwischen den Parteien geht durchweg von den gleichen Begriffen aus. Deshalb sollte man deutlich machen, was man mit den Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Solidarität erreichen will.

Wenn im Godesberger Programm der SPD anstelle der Gleichheit von Gerechtigkeit die Rede ist, Herr Gansel, heißt es doch nicht, daß die SPD den Begriff der Gerechtigkeit gegen die Gleichheit absetzen will. Das ließ sich jedenfalls aus keiner der Interpretationen, insbesondere der Langzeitkommission, entnehmen. Man kann doch nicht sagen, der SPD gehe es um Gerechtigkeit, der FDP und der CDU dagegen um Gleichheit, weil sie noch von Gleichheit reden. Es ist durchaus sinnvoll, die gleichen Begriffe zu verwenden und darüber zu sprechen, inwieweit man Unterschiedliches darunter versteht.

Den Hauptunterschied sehe ich im Begriff der Solidarität, aber auch beim Begriff der Freiheit unterscheiden wir uns. Und ich meine, wir könnten uns über das, was an Gleichheit notwendig ist und was durch Gleichheit gefährdet wird, besser unterhalten, wenn wir uns zugleich über die Freiheit verständigen, die da entweder ermöglicht oder gefährdet wird.

Die Bemerkungen von Herrn Gansel über die sozialistischen Gesellschaften mögen richtig sein, sie sind aber nicht primär unser Thema. In einer sozialistischen Gesellschaft kann die politische Aufgabe durchaus darin bestehen, mehr Freiheit von Abhängigkeiten und Zwängen zu schaffen. Selbstverständlich gibt es auch bei uns Abhängigkeiten und Zwänge, dennoch halte ich in unserer Gesellschaft den emanzipatorischen Teil der Freiheit nicht mehr für das zentrale Problem. Bei uns steht die Entfaltung der Persönlichkeit im Vordergrund, und in dieser Hinsicht weisen unsere Angebote mehr Hohlräume und Defizite als ernsthafte Bemühungen auf.

Dahrendorf

Lassen Sie mich aus der bisherigen Diskussion zusammenfassend einige Gesichtspunkte aufgreifen. Ich könnte jeden Satz unterschreiben, der sich über die Vereinbarkeit von Freiheit und Gleichheit sagen läßt, weil man darüber beliebig viele Äußerungen tun kann, ohne damit etwas Wesentliches zu den Fragen, um die es mir ging, ausgesagt zu haben.

Ich habe den Begriff der Revolution hier nicht definiert, obwohl er für mich eine präzise Bedeutung hat. So wie der Begriff häufig verwendet wird, steht er für eine umwälzende, langfristige Entwicklung. Nach meiner Auffassung ist nun die säkulare Tendenz zu einer stärkeren Realisierung von Gleichheit in unseren Gesellschaften nicht an eine gewaltsame Umwälzung gebunden. Schon eine relativ hohe Inflationsrate, eine relativ niedrige Wachstumsrate und die Erhaltung der Tarifautonomie haben mit Sicherheit eine Tendenz zur Gleichheit zur Folge, die nicht an Herrschaftseinwirkungen, daß heißt an staatliche Eingriffe gebunden ist. Es gibt Ökonomen, die behaupten, daß eine hohe Inflationsrate und die Tarifautonomie allein ausreichen, um eine Entwicklung zur Gleichheit herbeizuführen.

Die Tendenz zur Ausweitung des Staatsbürgerstatus, ja auch zur Angleichung von Einkommens- und von sozialen Positionen, kann in einer Fülle von Einzelentscheidungen und -aktionen enthalten sein. Eine solche Tendenz läßt sich an vielen Punkten aufspüren, und damit stellt sich die Freiheitsfrage in mancher Hinsicht neu.

Dazu noch einige konkretere Überlegungen. Die Formulierung: Bildung ist Bürgerrecht, hat für mich immer bedeutet, daß der Versuch gemacht werden muß, auch die weiterführenden Bildungseinrichtungen für mehr junge Menschen zu öffnen. Das hat Konsequenzen für die Bildungseinrichtungen und auch für die Berufswelt. Die Bildungseinrichtungen müssen sich heute auf andere Größenordnungen und auch auf andere Inhalte einstellen als zum Beispiel die deutsche Universität von 1910 oder auch noch von 1950. Ich bin bis heute bereit, alle inneren und äußeren Folgen einer solchen Entwicklung politisch zu verteidigen, also auch die sogenannte Akademikerinflation. Ich sehe nicht den geringsten Anlaß, die Forderung aufzugeben, daß junge Menschen eine so weitgehende Bildung und Ausbildung wie irgend möglich erhalten, unabhängig davon, ob sie das in der heutigen Berufswelt verwenden können oder nicht.

Das ist ein Punkt, an dem die Ausweitung staatsbürgerlicher Gleichheitschancen eine notwendige Forderung an die politisch Handelnden ist. Denn niemand hat das Recht, einem anderen oder gar vielen zu verbieten, ihre Möglichkeiten voll zu entwickeln.

Wie steht es aber in diesem Zusammenhang mit der Chancengleichheit? Wenn im Normalfall der Weg von der Vorschule bis hin zur höheren Schule führt, dann ist es im Sinne der Chancengleichheit sicher richtig, wenn eine Maßnahme getroffen wird, wie sie von der Weimarer Verfassung mit dem Verbot privater Vorschulen beabsichtigt war.

Eine weitere Überlegung: Wenn viele Menschen das Geld für die höhere Schule und ein Studium nicht aufbringen können, dann ist es im Sinne der Chancengleichheit sicher richtig, daß Wege gefunden werden müssen, um jedem, der die entsprechende Begabung aufweist, zum Beispiel Studienmöglichkeiten zu eröffnen. Dazu gehören Schulgeldfreiheit, Stipendien und so weiter.

Wenn dann erkennbar ist, daß es über die rechtlichen und materiellen Voraussetzungen hinaus weitere Hindernisse für einzelne gibt, wenn zum Beispiel den Eltern aus unverschuldeten Gründen die Phantasie fehlt, um für ihre Kinder überhaupt den Weg in die höhere Schule vorzusehen, dann ist es richtig zu versuchen, durch systematische Bildungsinformation, durch Vorschule, durch Ganztagschule im Grundschulbereich und so weiter die vorhandenen Hindernisse auszuräumen.

Wenn man nun feststellt, daß trotz all dieser Bemühungen die sozialen Gruppierungen in der höheren Schule und an den Universitäten weiterhin ungleich vertreten sind, dann stellt sich die Frage, welche politische Folgerung daraus zu ziehen ist. In diesem Falle gibt es einmal die Möglichkeit, unser Bildungssystem - zumindest bis zu einem gewissen Grade - so umzubauen, daß die noch immer nicht hinlänglich Vertretenen doch zum Zuge kommen können. Die andere Möglichkeit wäre, um es einmal ganz hart auszudrücken, die Bemühungen um Chancengleichheit im Alter von, sagen wir, 14 Jahren aufhören zu lassen. Das heißt, von einem bestimmten Zeitpunkt an hören die öffentlichen Anstrengungen auf, dafür zu sorgen, daß in den Einrichtungen des Bildungswesens die verschiedenen sozialen Gruppen im gleichen Maße vertreten sind.

Die Diskussion darüber ist bei uns im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern aus vielen Gründen noch nicht entschieden geführt worden, aber wir werden uns diesem Problem irgendwann einmal stellen müssen. Wenn man beginnt, das Angebot an Bildungsmöglichkeiten so zu entdifferenzieren, daß es für eine möglichst große Zahl offensteht, dann trifft man eine Entscheidung, durch die sich das Angebot an Wahlchancen, das heißt auch das Angebot an Freiheit, so sehr verringert, daß ich sie nicht mehr rechtfertigen kann!

Nach meiner Überzeugung ist eine Gesellschaft, in der einige Privilegierte Wahlchancen besitzen und viele andere nicht, einer Gesellschaft vorzuziehen, in der niemand das Privileg solcher Wahlchancen hat, weil überhaupt keine mehr vorhanden sind. Das ist eine politische Grundsatzentscheidung. Ich würde zum Beispiel die Struktur der Ordinarienuniversität einer Universität vorziehen, in der jegliche Form von Differenzierung abgebaut ist, wie es etwa bei einer Studentenuniversität der Fall sein könnte.

Vor diesem Hintergrund bin ich auch der Auffassung, daß es in dem Prozeß der Gleichheit, der stärkeren Durchsetzung von Bürgerrechten, Entwicklungen gibt, bei denen man fragen muß, ob das noch im Interesse der notwendigen Wahlchancen vertretbar ist. Übrigens ergeben sich daraus weitreichende Fragen für die Einkommensverteilung und auch für die Eigentumsproblematik, das heißt für den Grad der Differenzierung des Eigentums, den man für sinnvoll hält.

Weichmann

Es ist auch für die Struktur des gesellschaftlichen Bedarfs entscheidend.

Dahrendorf

Gesellschaftlicher Bedarf ist für mich in erster Linie eine ökonomische Kategorie, und ich würde an diesem Punkt nicht eine ökonomische Kategorie zum Maßstab meiner Entscheidung machen. Insofern zögere ich, hier den Begriff Bedarf zu übernehmen, Herr Weichmann.

Ich habe dann auf die andere Seite der Gleichheitstendenz hingewiesen, nämlich auf die Partizipation und ihre Folgen. Herr Frister brachte in diesem Zusammenhang das Beispiel des Ruhrbergbaus. Nach meiner Auffassung ist zwar die Mitbestimmung ein richtiger Weg; dennoch bin ich der Meinung, daß bei vollständiger paritätischer Mitbestimmung zum Beispiel unsere Textilindustrie jenen schmerzlichen Umstrukturierungsprozeß, der nötig ist, so viel schwieriger vollzieht. Bei einer konsequenten

paritätischen Mitbestimmung, wie es sie damals im Ruhrbergbau eben noch nicht gab, wäre es noch schwieriger gewesen, dort den Umstrukturierungsprozeß einzuleiten.

Das ist für mich im Grunde ein Argument gegen die paritätische Mitbestimmung. Denn ich sehe keinen menschlichen, sozialen und ökonomischen Gewinn darin, noch für ein Jahrzehnt länger unter schwierigen Arbeitsbedingungen und hohen menschlichen Kosten Kohle abzubauen, um damit einen begrenzten Energiebedarf vorübergehend zu stillen. Statt dessen sollte man sich darauf konzentrieren, in einem bewußten Innovationsprozeß den Abbau zu vollziehen und neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Gansel

In der deutschen Landwirtschaft haben wir diesen Abbau ohne Mitbestimmung auch nicht geschafft.

Dahrendorf

Ich stimme Ihnen zu, daß dieser Prozeß auf jeden Fall schwierig ist. Sie können auch darauf hinweisen, daß sich in der Textilindustrie eine Allianz von Unternehmern und Gewerkschaften gebildet hat, ohne daß die Mitbestimmung in der Unternehmensverfassung verankert ist. Insofern kann man nicht sagen, die Mitbestimmung sei schuld daran, daß Strukturveränderungen verhindert werden. Sie erschwert aber die notwendigen Veränderungen zusätzlich in einer Gesellschaft, die ohnehin nicht gerade an übermäßiger Innovationsfreudigkeit leidet und in der der soziale Protektionismus zur Grundlage für eine ganze Reihe von Entscheidungen geworden ist.

Nun ziehe ich daraus auch nicht den Schluß, daß man auf Mitbestimmungsformen verzichten muß. Vielmehr ist die Mitbestimmung so zu organisieren, daß sie die Innovationsfähigkeit und die Flexibilität erhält. Das ist einer der Gründe, warum ich es beispielsweise für wichtig halte, daß die reine Gegenüberstellung zweier Gruppen durchbrochen wird. Deshalb ist auch eine Regelung der Patt-Situation notwendig, die sicherstellt, daß daraus nicht, wie das beim NDR der Fall war, eine völlige Entscheidungsunfähigkeit die Folge ist.

Herr Maier hat meiner Analyse eine kleine, aber entscheidende Wendung gegeben, indem er das, was ich als eine Fortentwicklung der Staatsbürgerrechte sehe, als eine Regression in vorkonstitutionelle Zustände bezeichnet hat. Ich könnte Ihnen intellektuell folgen, aber die politische Konsequenz dieser Wendung ist für die Art und Weise, wie wir die Aufgaben freiheitlicher Politik heute verstehen, erheblich. Wenn man die Entwicklung der staatsbürgerlichen Rechte dort als Regression in vorkonstitutionelle Zustände bezeichnet, wo sie in die einzelnen Institutionen der Gesellschaft hineinwirkt, dann definiert man seine eigene Politik von vornherein defensiv, jedenfalls soweit es um die Sicherung von Freiheit geht.

Demgegenüber stellen sich mir die Dinge so dar: Es gibt eine ganze Reihe von Bedürfnissen der Menschen, die sich in kräftigen sozialen Entwicklungen niederschlagen. Manches davon paßt mir vielleicht nicht. Soll ich nun das, was ich als Regression ansehe, verhindern oder sogar versuchen, eingetretene Entwicklungen zurückzudrehen? Ich bin dagegen der Meinung, daß ich mit meinen Vorstellungen in diesen dynamischen Prozeß hineingehen muß. Wenn ich beispielsweise ein Element der Ungleichheit als Voraussetzung für Wahlchancen und Freiheit ansehe und wenn ich der Meinung bin, daß die Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte, also die Partizipation, nicht zu einer Lähmung der Innovationsfähigkeit und Initiative führen darf, dann muß ich mit von der Partie sein und mit nach vorne gehen. Ich halte es für wenig sinnvoll, wenn man versucht, Entwicklungen wieder zurückzudrehen.

von Bismarck

Ich schlage Ihnen vor, die Generaldebatte jetzt abzuschließen. Sie hat uns, wie mir scheint, eine Fülle von nachdenkswerten Thesen, Impulsen und auch neuen Fragen eingebracht, denen nachzugehen lohnend sein könnte. Allein mit seinen letzten Ausführungen hat Herr Dahrendorf weitere Fragezeichen gesetzt. Aber wir müssen uns begrenzen, zumal wenn wir der Konkretion nicht ausweichen wollen. Welchen Unterthemen wollen Sie Vorrang einräumen?

Mir sind inzwischen einige Vorschläge für die zweite Diskussionsrunde übermittelt worden: 1. Wie stellt sich die Freiheits- und Gleichheitsproblematik im Bereich der Bildung dar? Hier geht es gewiß um das Stichwort Chancengleichheit. 2. Wie steht es um Freiheit und Gleichheit in der Arbeits- und Berufswelt, am Arbeitsplatz? 3. Was haben uns die Erfahrungen mit den Radikalen gelehrt? 4. Was ist in diesem Zusammenhang zum imperativen Mandat zu sagen? 5. Es wurde außerdem vorgeschlagen, das Thema am Beispiel der Vertragsfreiheit zu vertiefen. Gibt es weitere Vorschläge?

Die Teilnehmer stimmten über die Vorschläge ab und entschieden sich mehrheitlich für die Themen:

"Chan

cengleichheit im Bereich der Bildung" und "Imperatives Mandat".

Frister

Durch die bisherige Bildungsexpansion ist zwar die proportionale Repräsentanz der verschiedenen Sozialschichten in den weiterführenden Bildungseinrichtungen noch nicht erreicht worden. Das gilt sowohl für den sekundären Bereich, also für Gymnasien, Realschulen und berufliche Vollzeitschulen, als auch für den tertiären Bereich der Hochschulen. Es ist aber unbestritten, daß der Anteil etwa der Kinder aus Arbeiterfamilien seit 1960 gestiegen ist.

Nun darf man aus einer zehnjährigen Entwicklung noch nicht den Schluß ziehen, Herr Dahrendorf, daß es keine weiteren Steigerungsmöglichkeiten mehr gibt. Denn diese Expansion hat sich unter unzureichenden Bedingungen abgespielt. Um es anschaulicher zu machen: Wenn die Sexta eines Gymnasiums, wie es bis heute der Fall ist, 40 oder 45 Schüler aufnehmen muß, dann ist die Chance für Kinder aus Arbeiterfamilien, sich dort zu behaupten, geringer, als wenn nur 30 Schüler in der Klasse sind, wie es früher normalerweise der Fall war.

Man darf also aus dieser Expansion, die unter so ungünstigen Bedingungen stattgefunden hat, nicht den Schluß ziehen, durch Bildungswerbung, Information, Verbesserung der Lehrmethoden, Veränderung der Lehr- und Lerninhalte könne man nicht erreichen, daß wir einen höheren Anteil von Arbeiterkindern in Gymnasien und Hochschulen bekommen. Deshalb ist eine Entscheidung, daß man die Bemühungen um Chancengleichheit mit 14 Jahren einstellen soll, in jedem Fall verfrüht. Dafür müßte man schon unter normalen Bedingungen einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren abwarten.

Roellecke

Natürlich war die These von Herrn Dahrendorf mit den 14 Jahren nicht wörtlich gemeint - wir sind ja heute schon beim 15. und 16. Lebensjahr angelangt;- , vielmehr meinte er, daß man irgendwann einmal mit der Förderung der individuellen Bildung aufhören müsse.

Dahrendorf

Ich habe nicht die Förderung der individuellen Bildung gemeint, Herr Roellecke, sondern mir geht es darum, daß die Anstrengungen, Chancengleichheit herzustellen, von einem bestimmten Zeitpunkt an gegenüber einem System der Leistungsselektion zurücktreten müssen. Von diesem Zeitpunkt an interessiere ich mich auch nicht mehr dafür, wieviel Prozent, sagen wir, der Studenten Arbeiterkinder sind. Dann kommen ganz andere Gesichtspunkte ins Spiel.

Roellecke

Da stimme ich Ihnen weitgehend zu. Ausbildung kann man unter zwei Aspekten betrachten: einmal unter dem der individuellen Bildung und zum anderen unter dem der Ausbildung für bestimmte gesellschaftlich notwendige Funktionen im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Für individuelle Bildung bedeutet der Gleichheitssatz jedoch etwas anderes als für spezialisierte Ausbildung.

Auf individuelle Bildung hat jeder Bürger Anspruch, 100 Prozent der Jugendlichen eines Geburtenjahrganges. Dieses Prinzip ist seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht auch immer anerkannt worden. Früher hat man alle Jugendlichen bis zum 14. Lebensjahr zur Schule geschickt. Da waren aber auch die gesellschaftlichen Ressourcen sehr viel geringer als heute. Jetzt geht die Schulbildung in der Regel bis zum 16. Lebensjahr. Vermutlich liegt die Grenze bei 18 Jahren.

Auf der anderen Seite gibt es eine absolute Grenze für die Förderung der individuellen Bildung. Sie liegt dort, wo die Notwendigkeit arbeitsteiliger Spezialisierung beginnt. Für die spezialisierte Ausbildung gilt der Gleichheitssatz im Sinne des Gebotes, Ungleiches nach seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln. Das heißt, für die spezialisierte Ausbildung gilt das Prinzip der optimalen Ausfüllung arbeitsteiliger Funktionen, auf deutsch: das Leistungsprinzip. Gerade wegen des Gleichheitssatzes muß die Leistung entscheiden, wenn nicht eine für alle - 100 Prozent - gleiche Ausbildung gewährleistet werden kann, also auch und gerade für den Hochschulzugang.

Freiherr von Weizsäcker

Herr Frister möchte die Gleichheit mit Hilfe der Chancengleichheit erreichen. Dazu ist sie jedoch ein ungeeignetes Mittel. Die Herstellung der Chancengleichheit durch Bildung ist nötig, um das, was an Gleichheit möglich ist, zu erreichen und um die notwendige Ungleichheit zu erkennen und zu ertragen. Ihre Formulierung aber, Herr Dahrendorf, daß Sie die Chancengleichheit bis zu einem gewissen Punkt herstellen wollen und dann zum Leistungsprinzip übergehen, ist mir unverständlich. Wenn man Chancengleichheit will, muß man auch Leistung - Leistungsdifferenzierung, Leistungsentlohnung und so weiter - wollen.

Ich halte es für einen Widerspruch in sich, einerseits Chancengleichheit verwirklichen zu wollen, andererseits aber das Leistungsprinzip, die Leistungsunterschiede durch Egalisierungsmaßnahmen zu korrigieren. Das Prinzip der Gerechtigkeit, das jeden leiten muß, der sich mit Politik befaßt, darf nicht in der Weise verstanden werden, daß man einerseits die Chancengleichheit bejaht, andererseits aber ihre notwendigen Folgen wieder relativiert. Das kann nur durch Maßnahmen ausgleichender Gerechtigkeit geschehen. Chancengleichheit setzt die Anerkennung von Leistungshonorierungen geradezu voraus. Was Leistung und Leistungshonorierung ist, darüber muß man natürlich diskutieren.

Dahrendorf

Die Grenze zwischen Chancengleichheit und differenziertem Angebot läßt sich nicht so einfach bestimmen, Herr von Weizsäcker. Eine Leistungsprüfung, mit der man zum Beispiel feststellen will, ob 10jährige für das Gymnasium geeignet sind oder nicht, enthält bereits ein Element der Differenzierung, das Sie nicht mit ererbter Begabung begründen können. Insoweit ist es durchaus relevant, ob Sie die Chancengleichheit zu Ihrem politischen Thema machen oder nicht. Möglicherweise ist eine Leistungsprüfung für 10jährige sinnlos.

Ich wehre mich dagegen, daß man so tut, als gäbe es die schlichte Unterscheidung zwischen Chancengleichheit, die geschaffen werden kann, und einem System der Leistungsdifferenzierung. So einfach ist das nicht. Ich lege mich übrigens nicht auf 14 fest, man kann auch über 10 diskutieren. Es ist schon sehr wichtig, wann man aufhört, politisch dafür zu sorgen, daß diejenigen, die bis zu einem bestimmten Alter nicht zum Zuge gekommen sind, doch noch zum Zuge kommen. Das ist übrigens auch eine Kostenfrage.

Freiherr von Weizsäcker

Ich wiederhole: Es ist ein Unterschied, ob man wie Sie, Herr Dahrendorf, über die Voraussetzungen für die Verwirklichung von Chancengleichheit spricht, oder wie ich, die unvermeidlichen Folgen von verwirklichter Chancengleichheit im Auge hat. Bei letzterem hat die Grenze von 14 Jahren keinen Sinn; bei Ihrer Argumentation hat sie allenfalls einen sehr begrenzten Sinn.

Frister

Was wir jetzt diskutieren, geht doch an der politischen Wirklichkeit vorbei. Wir streiten uns heute nicht darum, ob die Grenze bei 10 oder bei 14 Jahren liegt. Die bisherige Entwicklung hat uns an einen Punkt geführt, an dem einzelne oder bestimmte Gruppen befürchten, daß wir gewissermaßen zuviel Qualifikation produzieren. Man spricht von Überqualifikation.

Herr Dahrendorf dagegen meint, es solle jeder eine Ausbildung erhalten ohne Rücksicht auf das, was Herr Weichmann gesellschaftlichen Bedarf genannt hat. Unser Problem besteht darin, ob wir das, was wir jetzt ausbilden, gesellschaftlich noch verkraften können.

von Hentig

Wir haben lange geglaubt, mangelhafte Vorkehrung sei Schuld daran, daß ein durch das Gesetz verbrieftes Recht nicht genutzt wird. Deshalb haben wir unser Bildungswesen zunächst einmal ausgebaut, bis wir erkannten, daß die bloße Vermehrung des Vorhandenen mit seinen überkommenen Inhalten und Standards nicht genügt. Noch immer geben wir die Hoffnung nicht auf, die Chancengleichheit eines Tages herstellen zu können.

Herr Frister spricht nun das Problem der Überqualifikation an, das heißt, wenn jemand nicht seiner Qualifikation entsprechend eingesetzt wird, mit allen Folgen, die das auch für das Selbstbewußtsein des Betroffenen hat. Das hängt auch mit der weitgehenden Verschulung bis ins Erwachsenenalter hinein zusammen. Unsere Schulen werden immer mehr zu Bewahranstalten, weil der hochspezialisierte Arbeitsprozeß die Jugendlichen gar nicht aufnehmen kann. Es wiederholt sich bei uns, was sich in Amerika schon seit langem abspielt. Insofern gibt es viele Gründe, die dafür

sprechen, daß der bloße weitere Ausbau des Bildungswesens die Herstellung der Chancengleichheit keineswegs begünstigt.

Wer sich gegen eine zeitliche Begrenzung der Förderungsmaßnahmen ausspricht, bringt damit zum Ausdruck, daß er nicht daran glaubt, die Chancengleichheit vorher erreicht zu haben oder erreichen zu können. Chancengleichheit besagt, daß der einzelne in die Lage versetzt wird, sich all der gebotenen Möglichkeiten selbst zu bedienen. Ich bin davon überzeugt, daß man das bis zum 16., ja schon bis zum 14. Lebensjahr erreichen kann. Das setzt allerdings eine grundlegende formale und inhaltliche Veränderung des Bildungssystems voraus. Das gilt zumal für die Mittelstufe, auf der man ganz anders vorgehen müßte.

Wichtig wäre aber auch, das Vorurteil abzubauen, unsere sogenannte höhere Bildung sei in jedem Falle etwas Gutes. So ein großes Privileg ist es doch nun nicht, später einen weißen Kittel zu tragen, in dem man dann meistens gar nicht die Dinge tun kann, die man gelernt hat. Wir wissen aus Untersuchungen, daß zum Beispiel Chemiker an den Universitäten schlechter ausgebildet werden als an den Fachhochschulen. Die Universitätsabsolventen werden auch gar nicht eingestellt, weil sie mehr von Chemie verstehen, sondern damit sie mit Dokortitel, entsprechendem Habit und Habitus Herrschaftsfunktionen ausüben, für die sie aber auch nicht ausgebildet sind. Neben den höheren Ausbildungszweigen müßten andere Stufen ausgebaut werden, damit eine echte Alternative besteht.

Ein Beispiel für den Systemcharakter der Veränderungen ist der Numerus clausus. Er ist natürlich hart für diejenigen, die davon betroffen werden. Ich lehne diese Maßnahme nicht grundsätzlich ab. Man darf aber nicht übersehen, daß damit Bildung wieder zu einem Privileg gemacht wird, nachdem Herr Dahrendorf sie zu einem Recht erklärt hatte. Bildung wird jetzt zum Privileg für diejenigen, deren Abiturquernote 1,8 beträgt.

Lübbe

Ich bin erstaunt, daß Sie in diesem Zusammenhang den Begriff des Privilegs verwenden.

von Hentig

Dieses Ziel ist doch für den einzelnen nicht mehr ohne weiteres zu erreichen, und wir wissen alle, daß das nicht an den individuellen Bemühungen allein liegt.

Angesichts der begrenzten Möglichkeiten des Staates, die Bildungseinrichtungen immer weiter auszubauen, bin ich, wie gesagt, nicht gegen den Numerus clausus. Aber dann müssen auch die mit einem Studienabschluß heute verbundenen Berechtigungen aufgehoben werden. Man kann nicht beides haben wollen, einerseits die für alle offene Universität und zugleich den Anspruch darauf, mit abgeschlossenem Examen eine Lebensstellung mit Pension zu erhalten. Dieser Widerspruch müßte deutlich gemacht und gelöst werden.

Wir können nicht weiter so tun, als gebe es eine prästabiierte Harmonie zwischen Berufsneigung, gesellschaftlichem Bedarf und den Kapazitäten unserer Bildungseinrichtungen. Diese drei Größen stimmen nicht ohne weiteres überein. Eine Lösung sehe ich beispielsweise darin, die Studieninhalte so zu ändern, daß sie den einzelnen zu größerer Disponibilität befähigen. Darauf könnte er dann die unumgängliche Spezialisierung aufbauen.

Maier

Wir diskutieren hier über die soziale Funktion des Bildungswesens, die in engem Zusammenhang mit der Gleichheit steht. Auf das Bildungswesen kommen deshalb so hohe Ansprüche und Erwartungen zu, weil andere Transportmittel des sozialen Aufstiegs im Fortschritt der Gleichheit außer Kurs gesetzt worden sind. Dazu zählen Herkunft, Stand, Einkommen des Vaters, Nationalität, Konfession und so weiter. Die Dialektik der Bildungspolitik liegt darin: Je mehr sich die Gesellschaft egalisiert, desto stärker wird das Bildungswesen in Dienst genommen - man könnte fast sagen fremdbestimmt - als alleiniges Transportmittel einer mindestens im Anspruch sozialneutralen Aufstiegsmöglichkeit. Damit fangen die ganzen Fragen an.

Erste Frage: Hat sich unsere Bildungspolitik in den letzten Jahren nicht auf doppeltem Boden bewegt? Man sagte nämlich - darin waren sich von Schelsky bis zu Herrn Gansei alle einig;- , das Bildungswesen sei vor allem ein Mittel sozialer Chancenzuteilung.

von Hentig

Das hat Schelsky kritisch festgestellt.

Maier

Schelsky hat in einer Anmerkung zum ersten Rahmenplan des deutschen Bildungsausschusses zumindest wertneutral gesagt: Das Bildungswesen in der modernen Gesellschaft sei notwendigerweise eine Zuteilungsapparatur von Lebenschancen. Das wird bis heute bis nach links und ultralinks hin nachgesprochen. Das heißt, das Bildungswesen wird vor allem in seiner sozial mobilisierenden, motivierenden Funktion gesehen. Ich diskutiere jetzt nicht, ob das richtig ist, aber es ist die Betrachtungsweise, unter der wir seit Jahren Bildungspolitik machen, der eine mit diesem, der andere mit jenem Akzent.

Heute haben nun die Dinge ein Größenmaß erreicht, wo der soziale Anspruch, den man unten eingefüttert hat, oben nicht mehr einlösbar ist. Der tertiäre Bereich wächst nicht mehr so schnell wie der Sekundarbereich, man muß wieder Restriktionen einführen und ausgebaute Selektionsfilter neu einsetzen. Jetzt auf einmal soll alles nicht wahr gewesen sein, was man vorher behauptet hat. Plötzlich wird der emanzipatorische Charakter von Bildung beschworen. Man argumentiert nämlich frei nach Humboldt: Der soziale Anspruch auf Bildung war nicht so gemeint, daß du hinterher in einer akademischen oder in einer entsprechenden Berufsposition eine Arbeit findest, sondern das befreit dich zunächst einmal. Du kannst mehr lernen und hast mehr Möglichkeiten, dich in dieser Welt nicht zu langweilen. Man entdeckt also all das wieder, was im ursprünglichen, sozusagen zweckfreien Begriff der Bildung enthalten war.

Der doppelte Boden sieht so aus: Wenn oben Abiturienten mit einklagbarem Anspruch stehen, dann sagt man: Mehr Bildung habt ihr auf jeden Fall erhalten, ob ihr auch zu den akademischen Positionen kommt, das ist eine Frage der Bildungshaushalte, der Prioritätensetzung durch die politischen Parteien und so weiter. Gegenüber diesem doppelten Boden der Argumentation sind die Fragen von Herrn von Weizsäcker und auch von Herrn Dahrendorf berechtigt.

Ich will hier keineswegs eine plumpe Lösung des Problems nach der einen oder der anderen Seite hin versuchen. Denn man kann nicht auf den reinen Bedarf hin planen, da stimme ich Herrn Dahrendorf voll zu. Wenn es in einer Gesellschaft nicht eine gewisse Überkapazität nichtfunktional genutzter Bildung gibt, dann haben wir eine Art sozialistischer Bildungsplanwirtschaft. Das wird niemand wollen. Das sowjetische System ist in der Hinsicht kein Vorbild. Umgekehrt gibt es natürlich auch einen Bildungsliberalismus, der meint, man müsse nur Ansprüche proklamieren und plakativieren, und es komme alles von selber wieder harmonisch in Ordnung. Das geht auch nicht.

Ganz merkwürdig ist für mich, Herr Frister, wie zäh der alte Humboldt weiterlebt, gerade bei der Linken. Denn immer wieder wird der Maßstab für sozialen Aufstieg von einem Begriff theoretischer Bildung genommen, von der allgemeinbildenden weiterführenden Schule. Ich habe einmal geschrieben, daß weder in Dahrendorfs, noch Pichts, noch in Hamm-Brüchers Büchern das Wort Berufsschule vorkommt. Es findet eine erstaunliche Restauration der gymnasialen und universitären Bildungsidee statt.

Frister

Dann haben Sie nicht gelesen, was ich geschrieben habe.

Maier

Für Sie, Herr Frister, ist ja die Berufsbildung die Allgemeinbildung der Beherrschten, um Sie zu zitieren.

Frister

Das ist sie auch bisher gewesen.

Maier

Wenn man sie von vornherein in diese Ecke schiebt, wird man nie eine "Emanzipation" des berufsbildenden Schulwesens über Humboldt hinaus erreichen. Das ist aber die Aufgabe, die wir in den siebziger und achtziger Jahren vor uns haben.

Von daher relativiert sich auch die Forderung nach Proportionalität, die nämlich einseitig gesehen wird, wenn man nur nach dem Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder auf den Gymnasien und an den Universitäten fragt. Man könnte ja auch fragen, wieviele Bürgerkinder die berufsbildenden Schulen besuchen. Das sind auch Angebote, die angenommen oder abgelehnt werden können. Kurzum: Das ist ein fragwürdiger Maßstab, orientiert an einem theoretischen Bildungsbegriff, der dem 19.

Jahrhundert entnommen ist und abseits der Welt der Berufe und Geschäfte liegt. Ich wundere mich immer, daß er mit solch einer Emphase von links vertreten wird.

Was die Lösung der Probleme angeht, so kommt man politisch nicht um die Frage herum, ob Chancengleichheit über Startchancengleichheit hinausgehen kann. Ich beantworte diese Frage mit Nein, gestützt auf die von Herrn von Hentig und von anderen angeführten amerikanischen Autoren. Das Äußerste, was wir erreichen können und was wir noch keineswegs erreicht haben, ist Startchancengleichheit.

Gansel

Wo wird gestartet?

Maier

Das ist nicht unabhängig vom Bildungssystem zu beantworten.

Gansel

Das ist aber die zentrale Frage.

Maier

Ich nenne als Gegensatz zur Startchancengleichheit mit Heckhausen die Zielchancengleichheit, also sozusagen das gleiche Ankommen am gleichen Ziel. Das kann man nicht erreichen. Es wird sich wohl Einigkeit in diesem Kreis darüber erzielen lassen, daß der Ganselsche Weg vom Lehrling am Fließband zum Abgeordneten nicht in allen Bereichen der Gesellschaft idealtypisch verwirklicht werden kann. Auch sozialistische Gesellschaften haben oben eine sehr ungleiche Führungs- und Privilegienstruktur.

Die zweite Frage ist: Wo hört die im Bildungswesen seit je geübte Kompensation des Leistungsprinzips, etwa unter Alters- und sozialen Gesichtspunkten, meinerwegen auch unter Schichtgesichtspunkten, auf? Ich lehne zum Beispiel die schwedische Lösung ab, die Grenze beweglich zu machen, je nachdem wieviele Hochschulplätze vorhanden sind. Das ist im Hinblick auf die Startchancengleichheit eine höchst problematische Sache.

Die dritte Frage, positiv gewendet: Wo setzt die volle Geltung des Leistungsprinzips als eines dem Anspruch nach sozialneutralen Kriteriums ein? Es ist klar, daß sie beim Kind noch außer Kraft ist. Es ist auch klar, daß sie unter Gesichtspunkten sozialer Kompensation, Milieukompensation, noch länger außer Kraft gesetzt wird. Gibt es Gesellschaften, die sie ganz außer Kraft setzen können? Ich kenne keine. Bei den sozialistischen Ländern sehe ich es am wenigsten.

Schließlich die Frage: Von welchem Alter ab - damit kommen wir wieder auf das Problem der allgemeinen und der beruflichen Bildung - wird die Nichtteilnahme am beruflichen Prozeß nicht mehr prämiert? Studentenstipendien sind ja eine nur auf dem Bildungsbegriff des 19. Jahrhunderts aufruhende Privilegierung von Nichttätigkeit in einer Gesellschaft, die das gleiche Recht dem Lehrling - mit welchem Recht eigentlich? vorenthält.

Ich fasse zusammen: Da man die Gleichheit in der Gesellschaft nicht herstellen kann, da man sie - darüber wird sich vielleicht mehr Einigkeit erzielen lassen - bestimmt nicht über das Bildungswesen herstellen kann, erhebt sich die Frage: Wer legitimiert die in der Gesellschaft notwendige Ungleichheit? Denn es ist unbestreitbar, daß sie existiert. Jeder, der einen Bildungshaushalt zu verwalten hat, muß sich doch die Frage stellen, warum 2/3 davon für Hochschulen, warum innerhalb dieser 2/3 noch einmal 80 Prozent für Medizin und Naturwissenschaften ausgegeben werden und warum so wenig für andere Bereiche. Das heißt, die völlige Gleichheit ist noch nicht einmal ein Traumziel. Wir befinden uns mitten in Ungleichheiten, wobei der Streit nur darum geht, wieweit sie notwendig sind und wie sie sich in der Gesamtgesellschaft legitimieren.

Das scheint mir in der Tat die entscheidende Frage zu sein. Ein Staat, der Ungleichheit im Bildungswesen praktiziert, weil er sie praktizieren muß, aus dem berühmten Zwang der Dinge und aus der Notwendigkeit der Sache heraus, der aber keine Legitimation mehr dazu hat, weil ihm die ideologische Begründung fehlt, ein solcher Staat kann auf die Dauer nicht das Vertrauen seiner Bürger haben, am wenigsten im Bildungsbereich. Auf diese Weise kommt man zu der Ethik des doppelten Bodens.

Gansel

Ich halte es für eine theoretische Frage, Herr Maier, wie die bestehende Bildungsungleichheit legitimiert wird. Es geht darum, mehr soziale Chancengleichheit zu schaffen. Dieses Problem ist nicht mit den Begriffen Start- oder Zielchancengleichheit zu fassen, die Lösung liegt dazwischen. Gewiß sollten gleiche Startchancen so weit wie möglich hergestellt werden; gleichzeitig sind aber staatliche und gesellschaftliche Maßnahmen notwendig, um die sozialen Entwicklungschancen zu erhöhen.

Nun zeigt es sich, daß die Freiheitsproblematik am Numerus clausus häufig aus einer bestimmten Klassenposition heraus bewertet wird. Diejenigen nämlich, für die es immer selbstverständlich war zu studieren, und zwar auch in dem Bereich, in dem der Vater tätig war - als Mediziner, Rechtsanwalt oder Notar;- , die regen sich jetzt darüber auf, daß sie nicht mehr die Freiheit haben zu studieren, was sie wollen. Das sei eine Folge der Gleichmacherei, weil so viel mehr Studenten an die Hochschulen kommen. Es gebe keine Freiheiten an den Universitäten mehr. Ich halte den Numerus clausus aus meiner Position, auch von meinem sozialen Hintergrund her und aufgrund meiner Erfahrungen mit Gleichaltrigen für einen Fortschritt gegenüber der Situation, in der im wesentlichen Akademikerkinder und Kinder von höheren Beamten studiert haben. Heute können mehr junge Leute und Kinder aller Schichten studieren.

Ich bin mit diesem Zustand aber nicht zufrieden. Es geht zunächst darum, durch zusätzliche Maßnahmen mehr Gleichheit der sozialen Bildungschancen für die vielen zu schaffen. Das betrifft die Verlängerung der Schulpflicht sowie innere und äußere Schulreformen. Wichtig sind vor allem Ganztagschulen, vielleicht noch wichtiger als Gesamtschulen. Zu diesen Maßnahmen gehören das Bundesausbildungsförderungsgesetz, Bildungswerbung im Sinne von Bildungsaufklärung, die Durchlässigkeit des Bildungssystems, Bildungsurlaub und vor allen Dingen die Reform der beruflichen Bildung und anderes mehr.

Jetzt rufen aber viele, damit sei die Freiheit bedroht. Die Unternehmer tun das zum Beispiel bei der Reform der beruflichen Bildung. Freiheit ist für sie die Freiheit derer, die ausbilden konnten und häufig auch einen Profit davon hatten. Sicherlich geht damit ein Teil der Unternehmerfreiheit verloren, aber ich halte das für kein Negativum. Ich sehe in der größeren Bildungsgleichheit mehr Freiheit für die vielen und weniger Freiheit für die wenigen.

Noch ein Wort zu dem sogenannten Akademikerproletariat. Die Jungsozialisten, die sich etwa seit 1969 theoretisch mit diesen Fragen intensiv beschäftigen, haben in der Tat unser Bildungssystem immer als eine Zuteilungsapparatur für soziale Chancen bezeichnet, Herr Maier. Das ist die Beschreibung des Bestehenden. Es liegt unter anderem auch an der Funktion, die Bildungsabschlüsse bei uns im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft haben. Wenn die sich im Berufsleben kontinuierlich entfaltende Leistung der alleinige Maßstab wäre, hätten wir vielleicht eine andere Bildungsreform gebraucht.

Wir haben immer darauf hingewiesen, daß Bildung eine emanzipatorische Funktion hat. Das kann man mit Humboldt in Verbindung bringen, aber auch mit sozialistischen Klassikern. Das hängt mit unserem Menschenbild zusammen. Es bedeutet für uns auch, daß mit Hochschulreife und Studienabschluß nicht zugleich ein Anspruch auf die Zuteilung bestimmter sozialer Chancen verbunden sein soll in dem Sinne, daß ein Anrecht auf eine Funktion besteht, die nach den herkömmlichen Kriterien bewertet und vor allen Dingen bezahlt wird. Wenn Akademiker in Zukunft nicht wie bisher in ihrem Beruf einen Platz finden und eine entsprechende Bezahlung sowie ein entsprechendes Sozialprestige erhalten, dann finde ich das - um es provokativ zu sagen - gar nicht so schlimm.

Weichmann

Die finden das aber schlimm.

Gansel

Das liegt wohl auch daran, daß ein Hochschulabschluß immer noch gleichgesetzt wird mit dem Recht auf eine bestimmte soziale Position. Ich halte das für einen Fehler. Ich formuliere ganz provokativ: Es ist leichter, Taxifahrer mit als ohne Philosophiedoktor zu sein, und das ist auch gar nicht so schlimm.

Roellecke

Das wird bestritten.

Haas

Das Problem des akademischen Proletariats läßt sich mit diesem anekdotischen Bild nicht lösen, Herr Gansel. Oder meinen Sie, ein Taxifahrer, der Dr. phil. ist, kann einen Blechschaden mit Schiller kompensieren nach dem Motto: "Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Räume stoßen sich die Sachen?"

von Hentig

Man hat im Zusammenhang mit dem Numerus clausus folgendes festgestellt: Bisher rekrutierten sich die Medizinstudenten zu 30 Prozent aus Medizinerfamilien. Der generelle Numerus clausus in der Medizin, der für die Zulassung eine Abiturquernote von 1,8 erfordert, hat diese Zahl auf 10 Prozent reduziert.

Freiherr von Weizsäcker

Es ist sicher zu begrüßen, Herr von Hentig, daß durch den Numerus clausus die Startvorsprünge der Medizinerkinder reduziert werden. Dabei dürfen wir aber nicht übersehen, daß es den Medizinern nach wie vor gelingt, den Zugang zu ihrem Beruf quantitativ zu beschränken und dadurch ihre Verdienstmöglichkeiten zu erhöhen.

Baier

Ihrer Argumentation zum Numerus clausus kann ich nicht folgen, Herr Gansel. Der Numerus clausus wird heute von drei Gruppen gefordert. Erstens von Bildungspolitikern, die im letzten Moment die quantitativen Folgen ihrer Bildungspolitik und Hochschulreform abbremsen wollen. Beispiel Herr von Friedeburg, der neuerdings den Numerus clausus fordert, um den Zusammenbruch seiner hessischen Universitäten zu verhindern. Zweitens von bestimmten berufspolitischen Verbänden, also von durchaus konservativen Gruppierungen. Der medizinische Bereich ist typisch dafür. Drittens von selten auch solcher Bildungspolitikern bis hin zu den Professoren, die Revanche an den aufsässigen Studenten nehmen wollen. Auch diese Affekte gibt es an den Universitäten, sie sind weiter verbreitet, als zugestanden wird.

Herr Maier hat dann die ungleiche Zuteilung der finanziellen Mittel im Bildungswesen angesprochen. Warum fordert die Linke, vor allem in den Sozialwissenschaften, warum fordert eine bestimmte pädagogische Intelligenz, zum Beispiel Herr von Hentig, mehr Staat? Damit der Staat mehr Lehrer ausbilden läßt. Über die Finanzierung von staatlicher Seite soll die Selbstrekrutierung einer bestimmten Intelligenz - um mich soziologisch auszudrücken - dauerhaft abgesichert werden. Sämtliche hochschul- und bildungspolitischen Gruppierungen bis hin zu den Kultusministern sehen sich einem unerhörten Anforderungsdruck seitens der Sozialwissenschaftler und der Lehrer ausgesetzt - viel weniger seitens der Naturwissenschaftler und der Mediziner. Diese Leute wollen in Beamtenpositionen hinein. Wenn dieser Druck eines Tages nachläßt, weil die linke und die pädagogische Intelligenz zu resignieren beginnt, werden wir auch sehr viel freier sein in der Verteilung von finanziellen Mitteln im Hochschul- und Forschungsbereich.

Die These von Herrn Dahrendorf, die Chancengleichheit bis 14 Jahre öffentlich zu fördern, dann aber die freie Konkurrenz gelten zu lassen - nach dem Motto: freie Bahn dem Tüchtigen;- , läßt sich nur unter der Bedingung aufrechterhalten, daß die Gleichheit, so wie sie überall gefordert wird, dann auch als gleiche Chance zum Risiko, zum individuellen Aufstieg oder zum individuellen Versagen - das ist der Kern der bürgerlichen Freiheit - begriffen wird. Das dürfte aber keineswegs generell der Fall sein.

So wird das Bildungswesen im zunehmenden Maße als ein Transportmittel angesehen, wo man sich auch kollektiv bestimmte Aufstiegschancen und Berechtigungsscheine verschaffen kann. Ein Beispiel dafür ist der zweite Bildungsweg, wie er von verschiedenen, vor allem von Sozialdemokraten geführten Ländern gefördert wird. Dort setzen bestimmte Gruppen, Kleinkollektive von Frauen, Arbeitern und Angestellten Ihre Prüfer regelrecht unter Druck, damit sie ihnen den Zugang zum Abitur ermöglichen. Diese Gruppen versuchen also das Prüfungswesen, das die Berechtigung zum Hochschulstudium individuell zuteilt, regelrecht zu unterlaufen. Das gleiche finden wir an den Hochschulen, wo bestimmte Gruppen von Studenten bis Professoren versuchen, das auf individuellen Leistungsnachweis abgestellte traditionelle Prüfungswesen zu beseitigen.

Gleichheit wird hier weniger als Chancengleichheit verstanden, sondern eher als gleiche Chance zur Sicherung der Lebensverhältnisse, vor allem für den Alters- und Notfall. Schon bei Studenten ist dieses Sicherheitsbedürfnis außerordentlich ausgeprägt, was besonders der Wunsch nach Verbeamtung, aber auch nach verlässlicher Pension und Alterssicherung in anderen Berufen deutlich macht. Insofern könnte hinter dem Streben nach Gleichheit im Bildungswesen nicht das liberale Prinzip, die Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit im Leistungskampf zu steigern, sondern der

Wunsch nach kollektiver Sicherung der Lebenschancen stecken. Es dürfte sich in den nächsten Jahren jedoch sehr schnell herausstellen, daß das Bildungswesen dafür untauglich ist. Dann wird sehr schnell die Luft aus diesen Ansprüchen nach gleichen Bildungschancen herausgelassen werden.

Es ist ein Mißverständnis der Liberalen, wie sie sich in allen drei Parteien finden, daß die Bildung überhaupt als Mittel des sozialen Aufstiegs angeboten wurde, so als ob Aufstieg nur individuell, mittels akademischer Auslese, möglich sei. Damit hat man sich vielleicht auch vorbeigeschwindelt an der Tatsache, daß in unserer Gesellschaft Gruppen, die bisher nicht an der Macht teilhatten, jetzt in der Tat mitwirken wollen und dafür gute Gründe wie den nötigen sozialen Druck bereithalten. Dazu zählen die Arbeiterschaft, aber auch andere Gruppierungen aus dem unteren Bereich der sozialen Skala.

Wenn man die Leute durch die "hohle Gasse" des Gymnasiums und der Humboldtschen Bildungsinstitutionen schickt, dann - so die These der Linken gerade in Hessen - individualisiert man sie und macht sie zu noch besseren Bürgern, als es die Bürger des 19. Jahrhunderts waren. Deshalb wird konsequent die Forderung erhoben, diesen Weg der Verbürgerlichung endlich zu verbauen. Es fragt sich aber, ob sich das Bildungswesen den kollektiven Aufstieg von Gruppen, die soziale Sicherheit bis ins Alter garantiert haben wollen, in einer Art kollektiven Auslese leisten kann. Ich bezweifle das. Ich meine, wir werden nach wie vor auf individuelle Leistungsprüfungen angewiesen sein aus den Zwängen der sozioökonomischen Wirklichkeit und der dort benötigten individuellen Leistungsfähigkeiten.

Der Gedanke kollektiver Daseinssicherung greift rasch auch auf andere Bereiche über, wenn ich etwa an die Mitbestimmungsforderungen in der Wirtschaft, im Gesundheitswesen, im Sozialversicherungs-, Altersversicherungs- und Rentenwesen denke. Dort kann man seine Lebenschancen auch ohne Bildung sichern. Ich bezweifle, ob die meisten Menschen ihr garantiertes Daseinsglück, die Sicherheit für den Notfall, für Krankheit und Alter wirklich über die Bildung erreichen wollen. Denn Bildung ist an Individualisierung gebunden und setzt immer persönliche Leistungsbereitschaft voraus. Der Trend geht eher dahin, dieses Ziel über Kollektivierungen und Funktionalisierungen, das heißt durch Interessenverbände zu erreichen, die das in Sozialkämpfen außerhalb des Bildungswesens durchsetzen. Wir erleben heute bereits die Umfunktionierung des Gewerkschaftswesens auf breiter Ebene. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann andere Interessengroßverbände auch auf den Plan treten, etwa die Kirchen, um derartige kollektive Sicherheitsinteressen für ihre Klientel ebenfalls durchzukämpfen.

Wenn eines Tages die Ressourcen, aus denen das alles bezahlt werden soll, knapp werden, verschärfen sich sofort die Sozialkämpfe. Dann werden sich vermutlich Auseinandersetzungen von den Universitäten und den Schulen in den Wirtschafts- und in den politischen Bereich verlagern, wo sie sich seit je abgespielt haben und wo sie seit je entschieden worden sind. Unter dieser Perspektive fragt es sich, ob die Bildungsdebatte in Zukunft noch ein solches Gewicht haben wird, wie wir heute annehmen.

Dehnkamp

Als wir in der Bundesrepublik etwa 1960 mit der Bildungswerbung begannen, geschah das nicht nur unter dem Gesichtspunkt der individuellen Förderung, sondern auch unter dem Druck der Tatsache, daß bei uns die Zahl der Schüler in den weiterführenden Schulen und der Studenten auf den Universitäten im Vergleich zu anderen Ländern weit zurück lag. Deshalb sollte die Zahl der Gymnasiasten, Abiturienten und Studenten erhöht werden.

Heute sprechen wir von der Gefahr einer Überproduktion von Abiturienten und Akademikern. Ist jetzt auf einmal die politische Absicht einer weitgehenden individuellen Förderung unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit nicht mehr vorhanden?

Dabei möchte ich einen Gesichtspunkt unterstreichen, den Herr Maier schon erwähnt hat: Der Absolvent einer Haupt- oder Realschule muß, wenn er die Schulpflicht beendet hat, seine weitere Ausbildung überwiegend selbst bezahlen. Für denjenigen dagegen, der das Gymnasium und die Universität besucht, zahlt der Staat den größten Teil seiner beruflichen Ausbildung. Diese Ungerechtigkeit, diese Ungleichheit fordert zum Protest heraus, dem sich die Politiker nicht entziehen dürfen. Es ist typisch auch für diese Diskussion: Wenn in Deutschland über Schul- und Bildungsfragen gesprochen wird, dann geht es fast immer um das Gymnasium und die Universität. Alles andere ist anscheinend nicht existent.

Schließlich meine ich, daß es auch heute noch die Aufgabe der Gesellschaft ist, jungen Leuten, die eine verkehrte Berufswahl getroffen haben, auch zu einem späteren Zeitpunkt noch Chancen zu geben. Dafür müssen wir unser Bildungswesen offenhalten.

Marienfeld

Die Chancengleichheit als Zielvorstellung und auch die bisher erreichten Ergebnisse werden meines Erachtens zu sehr daran gemessen, in welchem Ausmaß sich Arbeiterkinder in der höheren Schule und in der akademisch-universitären Ausbildung befinden. Würde man die pädagogische Hochschule in die Betrachtung miteinbeziehen, sähe es schon anders aus. Denn der Zugang von Arbeiterkindern zu den pädagogischen Hochschulen über Abitur oder Aufnahmeprüfung für Immaturen ist wesentlich höher als etwa an universitären Fakultäten wie Medizin und Jura.

Weiterhin bin ich der Meinung, daß es unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit in vieler Hinsicht wichtiger ist, den Ausbau der vorschulischen Erziehung und der Hauptschule zu forcieren, was der Staat bisher zugunsten der weiterführenden Schulen vernachlässigt hat.

Ich bin in Niedersachsen an einem Schulversuch für das freiwillige zehnte Schuljahr in der Hauptschule beteiligt, der gegenüber den weiterführenden Schulen vieles für sich verbuchen kann. Er hebt zum Beispiel sehr viel stärker als das Gymnasium auf unterschiedliche Begabungsrichtungen ab, das heißt auf sprachliche, mathematisch-naturwissenschaftliche, musische und auch politische Begabung, bei denen er eine höhere Qualifikation vermitteln kann. Auch die Eltern, vornehmlich Arbeiter, Bauern und Handwerker, stehen unserem Versuch positiv gegenüber, weil er im Bereich ihrer Bildungserwartung liegt, viel mehr als das bei der höheren Schule der Fall ist. Hier sind bei den Eltern kaum Barrieren zu überwinden.

Der Andrang zu diesem zehnten Schuljahr, das mit einem Abschlußkolloquium verbunden ist und den Schülern die Qualifikation der Mittleren Reife vermittelt, ist außerordentlich groß. Es gibt inzwischen in 75 Schulen mehr als 90 solcher Klassen, so daß die Schulen den Andrang kaum bewältigen können. Die staatliche Bildungspolitik müßte an dieser Stelle sehr viel mehr investieren, als sie es bisher getan hat. Denn, wie Herr Maier vorhin bereits sagte, ergibt die Relation der Aufwendungen für die Hauptschule einerseits und für das Gymnasium andererseits ein außerordentlich ungünstiges Bild für die Hauptschule. Mit dem Ausbau der Hauptschule kann aber die Chancengleichheit unter Umständen besser realisiert werden, als das mit der höheren Schulbildung oder mit akademischer Bildung der Fall ist.

Hirche

Die Frage der Chancengleichheit sollte nicht abstrakt behandelt werden. Es ist konkret zu klären, ob es im gesamten Bildungswesen eine Wegchancengleichheit oder nur eine Chancengleichheit innerhalb der ersten sechs Jahre des Schulwesens gibt, wobei ich die Orientierungsstufe mit einschließe. Solange wir das dreigliedrige Schulsystem beibehalten, ist es nach meiner Überzeugung notwendig, mindestens nach der zehnten Klasse noch einmal die Chance zum Überwechseln zu eröffnen.

Sodann halte ich es gerade im Interesse größerer Chancengleichheit für notwendig, nicht nur neue Systeme auszuprobieren, sondern sowohl die vorhandenen wie die neuen im Hinblick auf die Auswirkungen kleiner Klassen und optimaler Betriebsgrößen für Schulen zu untersuchen. Hier müßte insbesondere die Frage der Schuleinzugsbereiche vor allem in ländlichen Gebieten überprüft werden.

Das Gymnasium wird, wie hier schon zu Recht gesagt wurde, überbewertet, was sich auch in der Diskussion um die berufliche Bildung bemerkbar macht. Wäre es nicht zu überlegen, ob in das Gymnasium oder in die Realschule im zehnten Schuljahr Elemente der Berufsgrundbildung hineingenommen werden? Auf diese Weise könnte man schon frühzeitig eine stärkere Verbindung zur Praxis herstellen. In einem einheitlichen Schulwesen werden wir sicher Übergangsmöglichkeiten schaffen müssen, indem wir zusätzliche Einrichtungen im Bereich der Weiterbildung anbieten.

Vielleicht kommen wir in den nächsten Jahren überhaupt zu einer Verkürzung der primären Ausbildung. Damit würden dann gleichzeitig die berufspraktischen Elemente, in der Bildung aufgewertet werden und das bloße Theoretisieren über ein lebenslanges Lernen zurücktreten.

Hier war mehrfach die Rede davon, wie man die Eltern mobilisieren könne, ihre Kinder zur Wahrnehmung vorhandener Bildungsangebote zu stimulieren. In diesem Zusammenhang wäre einmal die Frage zu erörtern, ob nicht der gesetzlich geplante Bildungsurlaub weniger der beruflichen Weiterbildung dienen sollte, als vielmehr als ein Instrument verstanden werden könnte, um die Eltern, insbesondere die Mütter, die Kinder im Vorschulalter haben, mit den in dieser Gesellschaft vorhandenen Bildungsmöglichkeiten vertraut zu machen und sie für die Erziehung ihrer Kinder zu motivieren und ihnen damit Anstöße für einige Wertqualifikationen zu geben. So verstanden, könnten Maßnahmen der Weiterbildung im Rahmen des Bildungsurlaubs optimal für zwei Generationen genutzt werden.

Blüm

Was besagt eigentlich die Chancengleichheit? Ist das eine Startchancengleichheit so als Ausstattung, als Mitgift für das Leben, oder muß man das dynamisch, prozessual verstehen, was Herr Hirche als Wegchancen bezeichnet hat? Lassen Sie mich dazu meine eigene Entwicklung als Beispiel anführen. Ich habe zunächst brav und bieder acht Jahre Volksschule hinter mich gebracht. Im letzten Jahr wurde mir gesagt, daß jetzt noch drei Jahre Lehre folgen werden - Lehrjahre sind keine Herrenjahre, und was man sonst noch hört. Wenn man dann das siebzehnte Lebensjahr erreicht hatte, besaß man sozusagen das Gepäck für den Rest des Lebens, Bildung gewissermaßen als die Wegzehr.

Chancengleichheit unter dieser Maxime bedeutet nur, daß jeder den gleichen Rucksack mit auf den Weg bekommt, in den er seine Chancen einpackt. Das hat sich als Nachteil gegenüber denjenigen herausgestellt, die Bildung unter anderen Maximen betrieben und die gelernt haben, sich ein ganzes Leben lang immer neue Wegzehr zu beschaffen. Sie waren auf den Rucksack nicht angewiesen, weil ihre Bildung sie in die Lage versetzte, sich ständig weiterzubilden. Sie hatten sich nicht eine Startchance, sondern eine Wegchance beschafft.

Unser Bildungssystem vergibt also sehr unterschiedliche Chancen. Die Chance der Arbeiterschaft etwa bestand bisher meist darin, ihren Status zu erhalten, das heißt, sich anzustrengen, um einen gewissen Level zu erlangen, der dann bis zur Pensionierung reichen mußte. Das hat sich aber in unserer dynamischen Gesellschaft als Irrtum herausgestellt. Denn die älteren Arbeitnehmer waren den jüngeren nicht mehr gewachsen, weil diese inzwischen eine bessere Ausstattung erhalten hatten. Die älteren arbeiteten noch mit einer Ausstattung, die längst überholt war.

Es gibt also höchst ungleiche Chancengleichheiten, um es pointiert zu sagen. Die einen haben gelernt, Mobilität zu ertragen und die anderen, Mobilität zu gestalten.

Gleichheit ist für mich geradezu eine utopische Kategorie. Und Chancengleichheit sehe ich als Umsetzung der Gleichheit in die politische Wirklichkeit. Auch dort gibt es keine absolute Chancengleichheit, sondern sie steht immer in einem historisch gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Ich halte nun eine Zielchancengleichheit in der Weise für wünschenswert, daß in der Gesellschaft höchst unterschiedliche Ziele angeboten, aber nicht dogmatisch vorgeschrieben werden. Wenn der eine weniger an Leistung interessiert ist, dann ist ihm das zuzubilligen. Das kostet ihn dann allerdings einen etwas niedrigeren Lebensstandard.

Es muß möglich sein, eine Gesellschaft bunt zu machen. Das bedeutet keineswegs ein Sichabfinden mit der Schlechtigkeit dieser Welt, sondern ich bin der Meinung, kein Staat ist so klug, daß er die menschlichen Möglichkeiten ausschöpfen und bestimmen kann. Deshalb muß er den Zielchancen einen möglichst breiten Raum geben.

Gansel

Ich möchte aus den letzten Beiträgen nur einmal festhalten, daß mehr Chancengleichheit offenbar die Freiheit keineswegs gefährdet; im Gegenteil, sie ist überhaupt erst die Voraussetzung für die Freiheit.

Lübbe

Ich warte auf den Tag, an dem sich die Gewerkschaften - es wird nicht gerade die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sein - des Problems annehmen, daß mit unserer gegenwärtigen Massenakademisierung eine sozialpolitisch höchst prekäre Einkommensumverteilung verbunden ist. Es gibt viele berufliche Positionen, die heute mit einem Akademiker besetzt sind, obwohl das funktional gar nicht nötig wäre.

Das hat bei unserem derzeitigen Besoldungssystem ernste Konsequenzen. Schon in der Berufungseingangsstufe kann der Akademiker mit rund fünfhundert DM im Monat mehr als sein nicht-akademischer Kollege rechnen, obwohl das in nachweisbaren Fällen durch keine berufliche Notwendigkeit begründet ist.

Das hat erhebliche Folgen für die Einkommensverteilung. Diejenigen nämlich, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht zu Akademikern avanciert sind, müssen auf diese fünfhundert DM verzichten, beziehungsweise sie müssen zugunsten ihrer akademisierten Berufskollegen diese fünfhundert DM aufbringen. Wenn wir aus Gründen, die funktional nicht evident zu machen sind, 25 Prozent unserer Population mit Einkommensumverteilungsfolgen dieser Art zu Akademikern machen wollen, so hat das Konsequenzen, die mir aus gewerkschaftlicher Perspektive nicht einleuchten wollen.

Ferner möchte ich noch einmal unterstreichen, was Herr von Weizsäcker und Herr Maier gesagt haben: Es besteht ein unauflösbarer Zusammenhang zwischen der Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen und der durch eben diese Gleichheit eingeleiteten Differenzierung. Chancengleichheit bedeutet ja die Möglichkeit individueller Differenzierung. Deswegen bedürfen wir einer Orientierung, in der die Differenzierungsfolgen der Bildungschancengleichheit legitimiert sind. In den sozialistischen Systemen ist dieses Legitimierungsproblem, soweit ich sehe, gelöst. Bei uns jedoch gibt es keine klare Antwort auf die Frage, welche Differenzierungen wir als legitim betrachten wollen und welche nicht. Das ist um so weniger der Fall, als ja mit der individuellen Differenzierung auch unterschiedliche Positionen im sozialen System verbunden sind.

Man wird nicht darum herumkommen, die Differenzierung auf der Basis dessen, was man früher "natürliche Anlagen" nannte, als legitim und unvermeidlich anzuerkennen. Jener Bestand, den man einst, unbefangener, als Dummheit diagnostizierte, ist niemals ganz aus der Welt zu schaffen - geschweige denn ernstere Arten von Behinderungen, die es einem jungen Menschen erschweren, sich in unsere schwierige Welt hineinzufinden. Es gibt schließlich auch eine ungleiche Verteilung von Lasten aus Gründen, die man niemandem, weder einem Individuum noch einer Klasse, in die Schuhe schieben kann.

Um die Folgen dieser ungleichen Verteilung von Lasten auszuhalten, bedürfen wir einer Kultur der Kontingenzbewältigung, wie sie früher in religiösen Systemen geleistet wurde. Eine Bildung, die den Menschen nicht zugleich lehrt, daß es Bestände und Belastungen gibt, mit denen man sich einfach abfinden muß, ist glücksvernichtend.

Man wird schließlich auch nicht umhin können, diejenigen Differenzierungen als legitim anzuerkennen, die sich aus Familienbindungen ergeben. Das ausdrücklich zu sagen, scheint mir keineswegs überflüssig zu sein. Immerhin kennen wir ja Entschlossene, die die Auflösung der Familie als Sozialisationsfaktor fordern, weil mit der Familienbindung nun einmal unvermeidlich Differenzierungsfolgen verbunden sind.

In den etablierten sozialistischen Gesellschaften herrscht ideologisch das Pathos der Gleichheit, das aber mit einer Theorie verbunden ist, welche die Legitimität verbleibender oder neu sich erzeugender Unterschiede anerkennt. Unsere aktuelle Bildungsideologie umkreist diesen Punkt wie die Katze den heißen Brei.

Frister

Sie sagen, Herr Lübke, wenn jemand eine akademische Ausbildung habe, dann bringe ihm das von vornherein Vorteile gegenüber anderen ein. Sie sprechen von 500 DM Mehrverdienst.

Lassen Sie mich dazu folgendes Beispiel anführen: Nehmen Sie einen Polier, der auf einer Großbaustelle für den gesamten Arbeitsablauf verantwortlich ist. Dieser Mann trägt eine außerordentlich hohe Verantwortung, er muß sehr komplexe Aufgaben bewältigen, die auch eine hohe Abstraktionsleistung erfordern. Stellen Sie sich daneben einen Obermagistratsrat mit akademischer Ausbildung vor, der nur einen Teil jener Verantwortung trägt, indem er beispielsweise Zeichnungen prüft und Beratung ausübt.

Würde man die Lebenseinkommen beider vergleichen, dann dürfte dieser Vergleich etwa 1 :3 zugunsten des Obermagistratsrates ausfallen. Denn Sie müssen bedenken, wie lange der Polier die Höchstleistung auf der Baustelle vollbringen kann, wann er zum alten Eisen geworfen wird und damit wieder in eine niedrigere Lohngruppe zurückfällt. Derjenige also, der an sich den niedrigeren Leistungsgrad aufweist, erhält insgesamt gesehen ein wesentlich höheres Einkommen.

Aber nicht nur die materielle Situation ist für den Obermagistratsrat günstiger. Seine allgemeine Qualifikation, seine Fähigkeit, sich verbal auszudrücken und mit anderen Leuten umzugehen, versetzt ihn in die Lage, auch in einer politischen Partei oder in einer anderen gesellschaftlichen Gruppe, in einem Verein oder in einer Gewerkschaft, eine führende Position einzunehmen. Darüber hinaus kann er aufgrund seiner Vorbildung auch in ganz anderer Weise von dem kulturellen Angebot seiner Stadt Gebrauch machen als der Polier. Das heißt, diejenigen, die eine akademische Ausbildung besitzen, haben in der Regel nicht nur bessere berufliche Chancen, sondern nehmen in der Gesellschaft auch sonst die Führungspositionen ein. So verläuft die Entwicklung in allen politischen Parteien, zunehmend auch in den Gewerkschaften.

Hier haben wir es mit einer Ungleichheit zu tun, die daraus resultiert, daß die Funktionen aufgrund von Vorurteilen oder Tradition ungleich bewertet werden. Dabei kann es nicht darum gehen, alle zu Abiturienten oder Akademikern zu machen. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, denjenigen, die, wie der Polier in meinem Beispiel, einen sogenannten praktischen Beruf ausüben, ebenfalls eine

allgemeine Ausbildung zuzubilligen, die sie befähigt, im privaten, im gesellschaftlichen, im kulturellen und im politischen Bereich eine den anderen gleichberechtigte Rolle zu spielen.

Sie verstehen die Forderungen, die beispielsweise von meiner Gewerkschaft erhoben werden, falsch, Herr Maier, wenn Sie meinen, wir wollten Humboldt wiedererwecken. Im Gegenteil, wir wollen die Ungleichheit dadurch verringern oder beseitigen, daß diejenigen, die bisher ihre allgemeinen Qualifikationen nicht entwickeln konnten, dazu jetzt in die Lage versetzt werden. Wenn wir verhindern wollen, daß es zu viele Akademiker gibt, dann müssen wir etwas dafür tun, daß auch den anderen Lebenschancen eröffnet werden, die denen der Akademiker gleichwertig sind. An einer solchen Kulturpolitik fehlt es bisher.

Stern

Ihre These, Herr Maier, Chancengleichheit könne nicht über Startchancengleichheit hinausgehen, macht mich betroffen. Was geschieht dann mit jenen Millionen Menschen, die diese Chancengleichheit entweder nicht gehabt oder nicht wahrgenommen haben? Mit denen sind wir doch täglich im Berufsleben konfrontiert.

Mir scheint, daß Sie auch den Einfluß der Berufswelt auf die Entwicklung des Menschen unterschätzen. Nehmen Sie zum Beispiel Stenotypistinnen oder Sekretärinnen. Viele von ihnen kommen direkt von der Volksschule in die Berufswelt hinein. Sie erhalten oft erst mit 25 oder 30 Jahren plötzlich Anregungen, die ihren Gesichtskreis erweitern und sie neue Initiativen entwickeln lassen. Sollen die nun bis zu ihrem 60. Lebensjahr Stenotypistin oder Sekretärin bleiben müssen? Was kann man für diese Menschen tun?

Es gibt zum Beispiel die Möglichkeit des zweiten Bildungsweges. Sie wird von vielen aber schon deshalb nicht wahrgenommen, da stimme ich Herrn Baier zu, weil sie Angst haben, aus ihrer jetzigen gesicherten beruflichen Stellung in eine Unsicherheit zu springen. Denn sie wissen ja nicht, ob die Sache gut geht.

In der DDR, das weiß ich aus eigener Erfahrung, hat man versucht, junge Frauen, aber auch Arbeiter in die Politik, also in den Partei- und Staatsapparat zu holen. Das ist aber keine Lösung, weil die wenigsten wirklich daran interessiert sind. Sie wollen vielmehr auf dem Fundament, auf dem sie einigermaßen sicher stehen, weiterkommen. Auch wenn eine Reihe von Jungsozialisten glauben, man könne aufgeweckte Leute aus der Betriebsarbeit zu Politikern von morgen machen, so werden das immer nur Einzelfälle sein.

Darum müßte es zu den Aufgaben der Bildungspolitik und auch der Unternehmer gehören, nach Möglichkeiten beruflicher Weiterbildung für diejenigen zu suchen, die nicht Akademiker werden möchten, sondern die ihre erst im Berufsleben entdeckten Fähigkeiten weiterentwickeln wollen. Dabei geht es ihnen sicher auch um mehr Sozialprestige, vor allem aber um neue Möglichkeiten für ihre Selbstverwirklichung.

Baier

Es geht, wie Frau Stern richtig sagt, um diejenigen, die die Chancengleichheit zwar zugesprochen erhalten, ihr aber nicht gewachsen sind. Das trifft vor allem für Frauen und junge Arbeiter zu. Die Defekte, die dieses Leistungs- und Bildungssystem bei denjenigen erzeugt, die es nicht schaffen, sind in der Tat besorgniserregend. Psychotherapeuten, Psychiater und praktische Ärzte können davon ein Lied singen.

Sind Sie der Meinung, Herr Frister, daß eine Verbesserung der Berufsausbildung, vor allem in den Bereichen der Industriearbeit und der handwerklichen Tätigkeit, die Chancen verbessert, Zugang zu den Führungspositionen in unserer Gesellschaft zu erlangen? Mit Ihren Vorstellungen wird im Grunde genommen das Leistungssieb der Universität, also der akademischen Berufskarrieren aufrechterhalten, so daß nach wie vor die bürgerliche Herkunft mit der größeren Chance, in Führungspositionen zu gelangen, prämiert wird.

Wenn ein Anwalt bürgerlicher Interessen eine solche Politik vertritt, so ist das von seinem politischen Standort aus nur konsequent, aber Ihnen, Herr Frister, dürfte daran eigentlich nicht gelegen sein. Oder meinen Sie, daß der zukünftig besser ausgebildete Polier dann auch eine größere Chance besitzt, in politische und soziale Führungspositionen zu kommen und nicht nur - wie heute - den Aufstieg über die Gewerkschaft oder in der Sozialdemokratie zu versuchen?

Frister

Man kann die berufliche Bildung nicht isoliert vom Gesamtbildungssystem sehen. Das fängt im Grunde schon bei der Vorschule an.

Maier

Nur zur Präzisierung: Startchance ist natürlich nicht nur als eine punktuelle Chance zu verstehen, die irgendwann im "Schwabentalter", also mit 40 Jahren, oder gar im zarten Dahrendorfschen Alter von 14 Jahren aufhören kann. Startchance bedeutet auch, immer wieder neue Chancen bereitzustellen. Dabei muß jedoch bedacht werden: Je mehr Startchancen geschaffen werden, desto mehr wird Konkurrenz und damit wiederum Ungleichheit stimuliert.

Gerade die amerikanischen Arbeiten zeigen, daß alle Maßnahmen von der Vorschulerziehung bis hin zu spezifischen Hilfen für Sozialunterprivilegierte zu einer außerordentlichen Ungleichheit geführt haben. Die Vorschulerziehung ist dafür ein klassisches Beispiel. Sie soll der kompensatorischen Erziehung dienen, was sich aber gerade diejenigen zunutze machen, die schon etwas früher am Start sind. Alle Programme und Bücher sind auf Mittelschichteltern abgestellt. Am Ende läuft die Vorschulerziehung nach dem Grundsatz ab: Wer hat, dem wird gegeben.

Frister

Das sind wir uns schon einig, Herr Maier.

Maier

Wir sollten deshalb nicht so tun, als ob über die Egalisierung der Startchancen hinaus, die noch lange nicht gewährleistet ist und die vielleicht nur bis zu einem gewissen Grade erreicht werden kann, auch eine Egalisierung der Zielchancen möglich sei. Das gelingt wohl nur in einer völlig verplanten Gesellschaft. Das ist etwa in der Sowjetunion der Fall, wo die Kinder schon im Kindergarten für die Spezialschulen ausgelesen werden, übrigens nach dem unerhört sozialneutralen Kriterium, ob sie gut russisch sprechen. Dort wird von Anbeginn selektiert, wodurch einzelne einen entsprechenden Vorsprung erhalten. Schon bei den Siebenjährigen wird deutlich, wer zur künftigen Verwaltungselite gehört. Das ist in unserem System nicht möglich.

Im übrigen stimme ich Herrn Blüm und Herrn Frister in manchem durchaus zu. Ich kritisiere nur die Tendenz, den Maurerpolier gleichsam in Akademikernähe und in eine Art Beamtenstatus hineinzubringen. Es müßte gerade darauf ankommen, die Bildungsidee aus ihrer engen Verbindung mit Privilegien und Berechtigungen und ihrer Beschränkung auf das rein Theoretische zu befreien.

Im Grunde verdeckt der Pyrrhussieg der Humboldtschen Bildung in den letzten zwanzig Jahren nur die unterbliebene Emanzipation des deutschen Arbeiterstandes. Die Restaurierung dieses Bereiches deutet eher auf eine Verdrängung des Problems hin. Es gibt noch keinen Bildungsbegriff, der über den bürgerlichen Bildungsbegriff des 19. Jahrhunderts hinausreicht. Die Linke täte besser daran, ihren Beitrag zur Emanzipation von diesem Bildungsbegriff zu leisten, anstatt ihn unverändert zu lassen und nur durch Sozialisierung in die Breite zu tragen.

Gansel

Wenn mehr Arbeiterkinder die Hochschulreife erlangen, die Universität absolvieren und in Führungspositionen hineinkommen, dann bedeutet das natürlich auch einen Austausch der Macht- und Führungseliten in unserem Staat. Ein Staat, in dem auch Arbeiterkinder den Zugang zu den Führungspositionen haben, enthält für mich allerdings ein Mehr an Freiheit auf der Grundlage eines Mehr an Gleichheit. Die Alternative nach dem Maierschen Prinzip wäre, daß es wieder so werden soll, wie es gewesen ist.

Dahrendorf

Die Führungseliten bestimmen sich nicht nach dem sozialen Ursprung ihrer Mitglieder, Herr Gansel, sondern nach ihrer Basis, das heißt nach den Gruppen, deren Interessen sie zu vertreten versuchen. Dabei ist der soziale Ursprung relativ unwichtig.

Gansel

Ich stimme Ihnen zu, solange es sich um den einzelnen Aufsteiger handelt.

von Hentig

Es wird hier immer wieder der Eindruck erweckt, als seien die Studenten in besonderer Weise privilegiert. Da legen wir doch den Maßstab unseres eigenen Studiums an. Unsere heutigen Studenten dagegen stehen meist unter hartem Arbeitsdruck und sind voller Angst und Ungewißheit. In gewissem Sinne werden sie um das betrogen, wofür sie jahrelang gekämpft haben. Sie wollten eine Schranke zu einem Privileg durchbrechen und stellen nun fest, daß es dieses Privileg eben dadurch nicht mehr gibt. Ihr Studienabschluß führt nicht mehr ohne weiteres zu einer gehobenen Position. Darauf ist die Angst und die tiefe Unruhe, die wir bei vielen Studenten gegenwärtig erleben, zu einem Teil zurückzuführen.

In diesem Zusammenhang sehe ich auch das Thema Chancengleichheit. Chance - das liegt in dem Wort - ist mit Risiko verknüpft. Deshalb sagt Herr Jencks, die higher education, also die Hochschulbildung, sollte erstens beschränkt sein und zweitens Geld kosten, weil sie einen Ausnahmewert bedeutet, zu dem der einzelne ja sagen muß. Diese Bereitschaft müßte man in der voraufgehenden Schule gelernt haben. Das geschieht aber in den wenigsten Fällen.

Wir haben davon gesprochen, daß das Bemühen um gleiche Startchancen irgendwann einmal - in einem bestimmten Alter - ein Ende finden muß. In diesem Zusammenhang möchte ich aber dafür plädieren, dieses Bemühen um gleiche Startchancen nicht nur nach oben, sondern auch nach unten irgendwo zu begrenzen. Ich finde es als Pädagoge allmählich unerträglich, daß der Lernvorgang im Hinblick auf die Fähigkeit zur Selbstbestimmung immer früher angesetzt wird. Eines Tages wird man als Embryo die Frankfurter Allgemeine Zeitung lesen können und müssen. Das ist eine gründliche Verkehrung der intendierten Zielsetzung.

Gansel

Es muß doch nicht die FAZ sein, Herr von Hentig.

Haas

Offenbar wird die Chancengleichheit im öffentlichen Bewußtsein durch eine Reihe von Vorurteilen beeinträchtigt, die ich als Formen präjudizierter Unfreiheit bezeichnen möchte. Wie kann beispielsweise das Vorurteil abgebaut werden, daß die Universitätsausbildung der beste aller möglichen Ausbildungswege sei? Auf welche Weise kann es uns gelingen, die Inflation des Universitätsstudiums durch eine Währungsreform aufzufangen, damit wir wieder zu einem pluralistischen Bildungssystem kommen, in dem jeder Zweig seinen eigenständigen Wert im öffentlichen Bewußtsein besitzt?

Gansel

Würden Sie mit der Währungsreform bei Ihren Kindern beginnen?

von Bismarck

Als kinderreicher Vater kann ich berichten, daß ich mich in der Beratung meiner Söhne bemüht habe, dem Vorurteil entgegenzuwirken, die Universitätsausbildung sei die Beste aller Ausbildungsmöglichkeiten. Aber es bestätigte sich natürlich auch in unserer Umwelt, wie stark dieses Vorurteil noch ist.

Haas

Auch den Begabungsbegriff sehen wir noch viel zu sehr akademisch orientiert. Beispielsweise müßte die handwerkliche Begabung eine Gleichberechtigung erfahren, um eine Änderung des Bildungs- und Berufsbewußtseins in unserer Gesellschaft zu erreichen.

In Deutschland fehlt es ferner - etwa im Gegensatz zu Amerika - an einer Flexibilität im Berufsleben, die den einzelnen in die Lage versetzt, sich pragmatisch an die jeweilige Angebotslage auf dem Arbeitsmarkt anzupassen. Ohne die Bereitschaft zur sozialen Mobilität und zur Übernahme eines Risikos ist Chancengleichheit nicht zu verwirklichen.

von Bismarck

Ich bin längere Zeit Leiter eines Lehrlingsheimes gewesen. Von daher weiß ich, wie schwierig es ist, viele Eltern für die Weiterbildung ihrer Kinder zu gewinnen, so daß sie die vorhandenen Möglichkeiten nutzen können. Die Entscheidung für die Weiterbildung bedeutet natürlich für Jugendliche und Eltern, für eine gewisse Zeit auf einen relativ hohen Verdienst zu verzichten.

Die zweite Diskussionsrunde hat uns am Beispiel der Chancengleichheit im Bildungsbereich eine ganze Reihe interessanter Thesen und Hinweise geliefert.

Leider reicht die Zeit nicht, jetzt noch das zweite Spezialthema, dem diese Runde Vorrang eingeräumt hat, nämlich das des imperativen Mandates, möglichst praktisch zu diskutieren. Wir kommen deshalb zur letzten Runde, für die ich einige unter Ihnen um ein ganz persönliches Resümee dieses Gespräches bitte.

Frister

Wir haben die Frage diskutiert, ob die Realisierung von mehr Gleichheit zu weniger Freiheit führen muß. Es hat sich gezeigt, daß diese These nur dann richtig ist, wenn man damit die Einschränkung der Freiheit von Minderheiten meint.

Führen Eingriffe des Staates zugunsten der Gleichheit zu einer Beseitigung der Freiheit? Das ist in der Diskussion nicht konkretisiert worden. Am Beispiel der Hochschule wurde lediglich dargelegt, daß sich die Qualitäten von Freiheit ändern können. Es ist aber nicht gelungen, Kriterien für die anstehenden politischen Entscheidungen zu entwickeln, wie sich mehr Gleichheit verwirklichen läßt, ohne die Freiheit zu beschränken.

Einen Aspekt haben wir überhaupt nicht angesprochen: Inwiefern muß die Freiheit aufgehoben werden, wenn diejenigen, die die Freiheit besitzen, sie mißbrauchen - Beispiel Pressekonzentration?

Weiterhin ist klar geworden, daß die Forderung nach mehr Gleichheit nicht die Beseitigung der notwendigen Unterschiede bedeutet. Vielmehr geht es darum, daß möglichst alle Menschen die Chance erhalten sollen, unter einem - um mit Herrn Dahrendorf zu sprechen - differenzierten Angebot wählen zu können. Was dazu in der politischen Praxis der Bundesrepublik konkret getan werden kann, ist nicht deutlich geworden.

Freiherr von Weizsäcker

Bildung - das hat auch diese Diskussion wieder gezeigt - wird gewissermaßen als Aufgalopp für die Gleichheit angesehen. Mir scheint dagegen, wir müßten auf die Möglichkeit, durch Bildung Gleichheit zu realisieren, eher eine Art Abgesang bringen. Das heißt keineswegs, daß die Bildung vernachlässigt werden darf. Aber die Chancengleichheit bringt nicht für alle Menschen Vorteile mit sich; sie kommt vor allem den Begabten zugute und nicht den Unbegabten.

Für mich ist die entscheidende Frage, die hinter dieser ganzen Problematik steht: Wie wird die Welt erträglich gemacht? Wird mit der Forderung nach Gleichheit nicht doch irgendwo Gleichmacherei angestrebt? Oder ist Gleichheit nur ein etwas irreführender Begriff dafür, die Welt so erträglich und auch so gerecht wie möglich zu machen?

In diesem Zusammenhang komme ich auf den Solidaritätsbegriff zurück. Solidarität ist für mich gerade nicht die Konsequenz eines politisch mißverständlichen Gleichheitsideals, sondern vielmehr eine "Ungleichenliebe". Solidarität ist der Nächstenliebe benachbart, nicht weil der Nächste mir gleich, sondern weil er mir vollkommen ungleich ist. Die Schwierigkeit, sich füreinander zu öffnen, kann zum Beispiel in unterschiedlichen Begabungen liegen. Solidarität hängt also mit den Ursachen und Folgen unterschiedlicher Leistungsfähigkeit zusammen, sie resultiert aus dem Gerechtigkeitsgebot und ist Ausdruck vom Menschen als eines sozialen Wesens.

Gleichheit, so hieß es, sei Befreiung von Benachteiligung. Das ist zwar nicht falsch, reicht aber nicht aus. Meine These ist: Ohne eine inhaltliche Bestimmung des Freiheitsbegriffes werden wir auch den Gleichheitsbegriff nicht zureichend klären können. Hier müßten auch die Fragen der Mitbestimmung und Mitverantwortung als aktive Gestaltungsaufgabe erörtert werden, und zwar sowohl gegenüber der Gemeinschaft als auch gegenüber der eigenen Person. Denn die Entfaltung der Persönlichkeit gelingt nur mit der Transzendierung der eigenen Person.

Stern

Die Diskussion hat mir erneut gezeigt, wie stark die Gegensätze in unserer Gesellschaft sind. Auch ich mache mir große Sorgen darüber, daß zum Beispiel radikale Studenten die Freiheit, die wir gerade erst errungen haben, dadurch wieder gefährden, daß sie einzelne Schichten der Bevölkerung diffamieren. Dennoch pflichte ich denen bei, die gesagt haben, daß mehr Freiheit für viele nur durch mehr Gleichheit verwirklicht werden kann. Mein Eindruck ist, daß die einen zu wenig die Bedeutung der Gleichheit und die anderen zu wenig die Gefahren durch die Freiheit sehen.

Was ich bedaure, ist die Praxisferne der Diskussion. Viele Menschen, die wir in Festveranstaltungen und Kundgebungen als mündige Staatsbürger ansprechen, sind immer noch unmündige Arbeitnehmer. Aus meiner Erfahrung als Betriebsrätin weiß ich, daß sie es zum Beispiel einfach nicht wagen, ihren Vorgesetzten anzusprechen. Viele Arbeiter setzen die Verwirklichung von mehr Freiheit immer noch gleich mit einer materiellen Besserstellung: Auto, Haus, Urlaubsreise. Die Selbstverwirklichung des Arbeiters ist noch in keiner Weise erreicht. Dagegen macht das Bildungsbürgertum immer mehr Gebrauch von den Freiheitsangeboten, die in unserem Staat vorhanden sind; ich denke etwa an die Bürgerinitiativen.

Zum zweiten Teil unserer Diskussion möchte ich nur noch kritisch anmerken, daß man meiner Ansicht nach ein so wichtiges Thema wie das von Freiheit und Gleichheit nicht auf die Bildungsproblematik beschränken darf, wie wir das hier letztlich getan haben.

Dahrendorf

Ich gehöre zu denen, die die Arbeiterschaft nicht für den Inbegriff der Realität halten, Frau Stern. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß wir es hier eher mit einer absteigenden Gruppe unserer Gesellschaft zu tun haben. Mich würde einmal interessieren, welche Bedeutung die Arbeiterschaft eigentlich noch als prägende Kraft in der heutigen Gesellschaft hat.

In der Diskussion ist meiner Ansicht nach die Virulenz der Gleichheitsbewegung in unseren westlichen Gesellschaften unterschätzt worden. Das Problem der gleichen Bildungschancen ist vergleichsweise harmlos, besonders dann, wenn es so wie hier diskutiert wird, als handele es sich immer noch um die Schaffung von gleichen Voraussetzungen für eine an sich als gegeben angenommene differenzierte Welt.

Selbst in diesem Bereich gibt es viel ernstere Dinge. Um nur ein Beispiel zu geben: In der London School of Economics ist vor einiger Zeit der Psychologe Eysenck am Reden gehindert worden, als er nur mitteilen wollte, daß nach seinen Forschungen der erbliche Anteil der Intelligenz größer ist, als es die meisten Leute vermuten. Ich bin sicher, daß es kaum eine deutsche Universität gibt, in der man diese wissenschaftlich begründete These heute noch vertreten kann. Hier werden Voraussetzungen, wie wir sie für unsere Universitäten und Schulen noch für selbstverständlich halten, grundsätzlich in Frage gestellt. Das gilt nicht nur für den Bereich der Bildung.

Ich sprach vorhin von den sozialen Wirkungen des Verteilungskampfes in einer Situation, in der eine hohe Inflationsrate mit geringem wirtschaftlichem Wachstum zusammenfällt. Hinzukommen die sozialen Wirkungen jenes Mißverständnisses, wonach Vollbeschäftigung denjenigen Arbeitsplatz garantiere, den man gerade einnehme und nicht nur die Garantie für einen Arbeitsplatz überhaupt bedeute. Ferner sehe ich die Gefahr, daß eine Reihe von nationalen und internationalen Entwicklungen die notwendigen Innovationen verhindern. Wir sollten also die Gleichheitstendenz in unserer Gesellschaft nicht verharmlosen.

Es ist dann mit Recht von der Legitimität sozialer Differenzierung gesprochen worden. Ich bin allerdings der Auffassung, daß die Gleichheit in keinem Falle ein Wert an sich ist. Sie ist nur zu rechtfertigen als Voraussetzung der Freiheit. Es ist also zu zeigen, wo die Ungleichheit ein solches Ausmaß erreicht, daß die Teilnahmekancen des einzelnen eingeschränkt werden und er auch nicht auf ein halbwegs lebenswertes Leben hoffen kann. Im Grunde sind also die Eingriffe zu legitimieren und nicht die Differenzierungen.

Geschichte ist nicht linearer Fortschritt; sie schreitet auch nicht dialektisch dadurch voran, daß der eine heute das vertritt, was der andere gestern vertreten hat. Fortschritt bedeutet vielmehr, daß das Thema gewechselt wird. Mein Eindruck ist, daß wir uns nahe an einem Themawechsel der sozio-ökonomischen Entwicklung befinden. Dinge, wie Qualität des Lebens - es gibt eine Vielzahl von Bezeichnungen dafür;- , werden eine immer größere Rolle spielen.

Das hat für den Inhalt der Freiheit eine zentrale Bedeutung, Herr von Weizsäcker. Das hatte schon der junge Marx erkannt, als er die Frage nach einer Gesellschaft stellte, in der man morgens fischt, mittags dichtet und nachmittags als Journalist tätig ist. Entwickelt sich also die Freiheit auf der Grundlage einer nicht mehr diskutierten relativ gleichen Einkommensverteilung, von relativ gleichartigen Sicherheitserwartungen, relativ gleichen Bildungschancen und ähnlichem?

Das sind einige, wie Frau Stern wahrscheinlich sagen würde, sehr futurologische Fragen, weil sie mit Recht davon ausgeht, daß es vielen noch an elementareren Dingen fehlt. Solchen Fragen müssen wir uns trotzdem stellen. Wir müssen uns fragen, wie man unter der Voraussetzung bestimmter Gleichheiten das definiert, was an menschlichen Lebenschancen wünschenswert ist und wo die Differenzierungen dieser Lebenschancen einsetzen müssen.

Ich selbst halte die alten Kategorien von Arbeiterschaft und Bürgertum nicht mehr für zureichend, um die zentralen Fragen zu beantworten, die sich in einer ganz andersartigen Gesellschaft, wie sie sich allmählich herausbildet, stellen. Ich habe als Liberaler das Gefühl, erst am Anfang der Formulierung einer liberalen Position für morgen zu stehen.

von Bismarck

Die Diskussion hat durch die vier Schlußbeiträge sicher keine Zusammenfassung erfahren, was auch nicht beabsichtigt war. Aber die Konturen der unterschiedlichen Grundpositionen sind noch deutlicher geworden. Auch trat zutage, was unsere Debatte nicht bewältigt hat. Für das weitere Nachdenken erlauben Sie mir als dem Gesprächsleiter noch einige ganz subjektive Feststellungen, die natürlich nicht den Anspruch erheben, für die gesamte Gesprächsrunde akzeptable Schlüsse aus dieser Diskussion zu ziehen.

Es ist auch mein Eindruck, daß es unserer Diskussion über Strecken an Praxisnähe mangelte. Ich sehe aber keinen Nachteil darin, daß uns das Einleitungsreferat von Herrn Dahrendorf veranlaßt hat, den Grundfragen nicht auszuweichen. Dieser Einstieg hat die Generaldebatte bestimmt und andere Beiträge von Niveau ausgelöst. Es blieb jedoch in der Tat nicht genügend Zeit, diese grundlegenden Erwägungen des Beginns nun an mehreren praktischen Beispielen durchzugehen.

Die Meinungsverschiedenheit im Grundsatz, ob die Kategorien von Arbeiterschaft und Bürgertum noch ausreichen - wie Herr Dahrendorf gefragt hat;- , oder ob sie die gesellschaftliche Situation nach wie vor gewichtig bestimmen, trat nicht nur in einigen Aussagen formuliert, sondern auch in unterschiedlichen Grundhaltungen deutlich zutage, auch wenn kaum von Klassen geredet wurde.

Das Verständnis von Solidarität ist zum Beispiel ein völlig anderes, ob man diesen Begriff nun von der Geschichte und mit dem Pathos der Arbeiterbewegungen auslegt oder unter dem Aspekt einer christlichen Ethik betrachtet. Eine Solidarität, die der Nächstenliebe benachbart ist, weil der Nächste mir eben nicht gleich, sondern vollkommen ungleich ist, unterscheidet sich völlig von einer Solidarität, die vom Machtgeflecht einer Interessengruppe oder Klasse bestimmt wird.

Unsere Debatte hat für mich erwiesen, daß die Prägungen durch das Denken des liberalen beziehungsweise christlichen Bürgertums einerseits und die politischen Theorien der Arbeitnehmerschaft andererseits die heutige Situation wieder stärker bestimmen. Das gilt auch dann, wenn die überkommenen Kategorien nicht mehr stimmen.

Wichtig wäre jetzt zweifellos eine inhaltliche Bestimmung des Freiheitsbegriffes, und zwar wiederum möglichst praktisch. Zumindest müßten die Alternativen klarer werden. Ich stimme Herrn Dahrendorf zu, wenn er empfiehlt, hier den Begriff "Qualität des Lebens" unter die Lupe zu nehmen, für den es in der Tat eine Vielzahl von Bezeichnungen gibt.

Die Information von Herrn Dahrendorf, nach der man in einer Wolke idealistischer Bildungserwartungen heute gar nicht mehr hinhören will, wenn jemand behauptet, der erbliche Anteil der Intelligenz sei doch erheblich, ist schockierend. "Denn so schließt man messerscharf, kann nicht sein, was nicht sein darf." Was läßt sich zur sachlichen Überprüfung von These und Gegenthese in dieser Sache tun?

Am Beginn habe ich die Hoffnung ausgesprochen, daß es uns vielleicht gelingen könnte, ein paar Kriterien zu bestimmen, an denen sich feststellen läßt, ob Freiheit und Gleichheit vereinbare oder unvereinbare Werte sind. Herr Frister hat sicher Recht, wenn er zu dem Ergebnis kommt, daß es uns nur sehr unbefriedigend gelungen ist, Kriterien für die anstehenden politischen Entscheidungen zu entwickeln. Ist diese Bilanz zu negativ? Mein Eindruck ist, daß wir nach einem Einleitungsreferat, das sich durch Klarheit und Niveau auszeichnete und nicht zuletzt zum Widerspruch wie zur Ergänzung anregte, eine ganze Reihe von Beiträgen gehört haben, die zum weiteren Nachdenken anstoßen, wobei wir alle bemerkt haben, daß viele Fragen offengeblieben sind.

Körper

Mein Schlußwort zu unserem engagierten und angestregten Gespräch hat, um es auf die Kürze einer Interpunktion zu bringen, weniger den Charakter eines abschließenden Punktes als vielmehr den eines Gedankenstriches.

Wir gehen nunmehr auseinander, nachdem wir den Umfang unserer Probleme kritisch überprüft, einige wichtige Details angepackt und das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit neu abgewogen haben. Aber nichts Endgültiges ist hier gesagt worden, weil wir mit keiner unserer geschichtlichen Erfahrungen fertig geworden sind. Also bleibt es beim Gedankenstrich.

Das ist kein Mißerfolg, im Gegenteil. Es gibt immer wiederkehrende Aufgaben, die sich stets von neuem stellen. Jede Zeit verlangt andere Antworten, entwirft die Probleme neu. Ich denke dabei an die Geschichte des Brückenbaus. Brücken wurden mit immer neuen Techniken und neuen Stilarten gebaut. Aber jede Epoche hat ihre eigenen Konstruktionen verlangt. Beim alten bleibt nichts.

Die Forderung nach Gleichheit, einmal ins Licht der Geschichte getreten, produziert immer neue und immer weiter greifende Antworten. Und die negativen Utopien auch in unserer Zeit mit dem Bild derer, die "gleicher als die anderen" sind und darauf neue Gewalt und Herrschaft gründen, kann die Forderung nach mehr Gleichheit nicht aufheben.

Nur eines möchte ich unserem Gespräch hinzufügen: Der moderne Egalitarismus hat eine wichtige Quelle nicht nur im Ideologischen, sondern ebenso in der materiellen Tatsache, daß unsere Konsumgesellschaft vom ökonomischen her ganz sichtbar zur Gleichheit tendiert. Von der Zigarette über das Fernsehen zur Waschmaschine bis hin zur Kleidung, das alles sind Dinge zur Befriedigung der Bedürfnisse, die doch eine Nivellierung der sozialen Schichten zur Folge haben. Das ist zweifellos ein Beitrag zur Gleichheit - mit oder ohne Konsumzwang;-; das Resultat insbesondere des marktwirtschaftlichen Systems der industriellen Gesellschaften.

Freiheit ist mehr als Gleichheit, und die Dialektik der Ideen, die hier zum Ausdruck gekommen ist, sollte uns darüber ebensowenig hinwegtäuschen wie über das Eingeständnis, daß heute Freiheit ohne Gleichheit kaum zu denken ist. Beim Problem der Bildung, ihrer sozialen Chance und ihrer Reform ist das besonders deutlich geworden.

Erlauben Sie mir in Wiederholung meiner Eingangsüberlegungen den Hinweis: Für die heutige Gesellschaft gehören Freiheit und Gleichheit eng zusammen, aber wir dürfen, schon um des magischen Dreiecks der Revolution willen, Brüderlichkeit nicht hintansetzen. Ich meine das nicht so sehr der historischen Genauigkeit wegen als vielmehr deshalb, weil Freiheit und Gleichheit nicht nur als Prinzipien und als Forderungen zu verstehen sind, sondern als Manifestation der Identität des Menschen mit seiner Geschichte und seiner Gesellschaft, als Ausdruck seiner endlichen Versöhnung mit sich selbst und damit als Vollendung seiner Idee.